

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ka 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährig 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erhalten mit Ausnahme des Monats August 1928

Die Sprachenfrage in Belgien. Ein sozialistischer Lösungsvorschlag.

Brüssel, 17. März. Eine Anzahl maßgebender flämischer und wallonischer Sozialistenführer mit den früheren Ministern Destree und Huisman an der Spitze veröffentlicht ein sogenanntes Kompromiß zur Lösung der Sprachenfrage in Belgien, dem große politische Bedeutung zukommt. Bekanntlich gab es bisher über die Lösung dieser Frage scharfe Meinungsverschiedenheiten innerhalb aller politischen Parteien, auch bei den Sozialisten. Eine vollständige Einigung über die Frage zwischen Flämen und Wallonen, die nun den Sozialisten gegliedert ist, ist ein ganz neues Ereignis.

Die Richtlinien der Einigung sind kurz die folgenden: Der belgische Staat ist eine nationale und internationale Notwendigkeit. Angesichts der sich immer verschärfenden Differenzen des Landes ist aber eine Einigung zwischen Flämen und Wallonen im Interesse des Fortbestandes des belgischen Staates dringend notwendig. Jede separatistische Propaganda für den Anschluß des wallonischen Teils an Frankreich oder Flanderns an Holland ist aufs schärfste zu verurteilen. Das zweisprachige System ist auf das geringstmögliche Maß zu beschränken. Es soll nur in Ausnahmefällen, wo der lokale Charakter der Bevölkerung es notwendig macht, Anwendung finden. Im übrigen soll jede Provinz oder Gemeinde die Amtssprache frei wählen können. Im Brüsseler Gebiet, das zweisprachig ist, soll die Frage nach dem Wunsch der Bevölkerung gelöst werden. Ueber verschiedene Einzelfragen, darunter auch über die Lage der deutschsprachigen Bevölkerung, werden die Unterzeichner noch näher berichten.

Englische Flottenmanöver im Mittelmeer.

London, 18. März. (N.R.) Der erste Lord der Admiralität (Marineminister) Bridgeman wird Ende der Woche nach Gibraltar fahren, wo er die vereinigte Mittelmeer- und Atlantische Flotte besuchen wird, die im westlichen Mittelmeer zwischen der Insel Sardinien und der Meerenge von Gibraltar ihre Frühjahrsübungen abhalten wird. Zu diesem Behufe werden in den dortigen Gewässern über 100 Schiffe verschiedener Kategorien und über 30.000 Mann Marinekruppen konzentriert sein. Die britische Mittelmeerflotte wird Admiral Field auf dem Flaggschiff „Queen Elizabeth“, die Atlantische Flotte Admiral Brand auf dem Kriegsschiff „Reison“ befehligen.

Carol neuerlich Thronandidat?

Zusammenkunft mit seiner Mutter in Paris.
Paris, 17. März. Königin-Witwe Marie von Rumänien ist Sonntag früh in Begleitung ihrer Tochter Ioana und ihres Gefolges in Paris eingetroffen. Wie „Chicago Tribune“ meldet, ist das offizielle Ziel der Reise der Königin ihre Zusammenkunft mit Prinz Carol, das halb-offizielle Verhandlungen über dessen Thronbesteigung.
Der „Matin“ bemerkt zu diesen Gerüchten, daß sie nur mit Vorbehalt aufzunehmen sind und daß die Unterredungen der Königin mit dem ehemaligen Prinzen Carol auch einen nur rein familiären Charakter tragen können.

Glimpflich davongelommen.

Paris, 18. März. (Eigenbericht.) Kriegsminister Painlevé hat heute nach eingehender Beratung im Ministerrat die angekündigten Maßregelungen gegen drei Offiziere der Rheinarmee verhängt. Wie nicht anders zu erwarten war, sind die Bestrafungen ziemlich glimpflich ausgefallen. Der Stadtkommandant von Trier wurde, weil er während der schwersten kritischen Zeit die Abhaltung eines Maskenballes befohlen hatte, zur Disposition gestellt. Der Kommandant des in Mainz liegenden Armeekorps, der im strengsten Frost eine Parade befohlen hatte, erhielt einen Verweis, und der Kommandant des Jägerbataillons in Düren, der in der grimmigsten Kälte einen Geländemarsch unternommen ließ, soll strafverfehrt werden.

Torreón geräumt?

Mexico 18. März. Die Bundesregierung gibt bekannt, daß die Aufständischen die von ihnen zum Zentrum des Widerstandes gegen die Regierungstruppen bestimmte Stadt Torreón in panikartiger Flucht geräumt hätten.

Herrlicher Gemeindevahltag in Eger.

Fünf Mandate gewonnen. — Stimmenzuwachs seit 1925: 1656! — Niederlage der Christlichsozialen und der Deutschen Nationalpartei.

Die Gemeindevahlen, die am 17. ds. in Eger stattfanden, brachten unserer Partei einen herrlichen Erfolg. Wir verzeichnen einen Stimmgewinn von 1656 seit der Nationalratswahl im Jahre 1925, konnten fünf Mandate erobern und wurden so zur stärksten Partei der Stadt. Einen geradezu katastrophalen Verlust verzeichnet die Deutsche Nationalpartei, die 1925 noch 2935 Stimmen erhielt, jetzt aber auf 978 zurückgegangen ist. Auch die Christlichsozialen erlitten eine schwere Niederlage. Bei den Bezirkswahlen hatten sie noch 3850 Stimmen, bei den Gemeindevahlen konnten sie trotz größter Anstrengungen nur noch 2853 Stimmen retten. Bemerkenswert ist auch der Rückgang der Deutschen Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft, die bei den Bezirkswahlen 838, bei den Gemeindevahlen nur noch 436 Stimmen erhielt. Außer den Sozialdemokraten gewinnen nur noch die deutschen Nationalsozialisten, die von 1885 Stimmen im Jahre 1925 auf 2473 Stimmen angewachsen sind. Die Tschechen verlieren zwei Mandate und infolgedessen auch ihren Sitz im Stadtrat.

Der herrliche Aufstieg unserer Partei in Eger geht am besten aus den folgenden Ziffern hervor. Die Partei erhielt bei der

Gemeindevahl 1921	3221 Stimmen
Gemeindevahl 1923	2767 „
Nationalratswahlen 1925	2865 „
Landeswahl 1928	3578 „
Gemeindevahl 1929	4521 „

Die jetzige Mandatsverteilung ist folgende: Sozialdemokraten 13, Nationalsozialisten 8, Christlichsoziale 9, Altschlesische, Tschechoslowakische, Gewerbe- und Arbeiterpartei 2, jüdische Landbewohner 1, Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft 1, tschechische Sozialdemokraten 1, tschechische Nationalsozialisten 1. Die jüdische Wählervereinigung ging leer aus, ebenso die tschechisch-bürgerlichen.

Der prächtige Sieg unserer Egerer Genossen ist ein Beweis dafür, wie durch konsequente und systematische Aufklärungsarbeit und Arbeit im Interesse der proletarischen Wähler den bürgerlichen Parteien ihre Nachläufer aus proletarischen Bevölkerungsschichten abwendig gemacht werden können. Er ist aber gleichzeitig auch ein Memento für die bürgerlichen Parteien, deren arbeiterfeindliche Politik sich gerächt hat.

Gemeindevahlen in Oberleutensdorf.

Bei den Gemeindevahlen in Oberleutensdorf, die ebenfalls am 17. März stattfanden, erhielten die deutschen Sozialdemokraten 1475 Stimmen und zehn Mandate und konnten damit ihren Bestand restlos behaupten. Das Wahlergebnis der anderen Parteien ist folgendes: Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft 534 Stimmen (4 M.), Deutsche Nationalsozialisten 507 (3 M.), Kommunisten 870 Stimmen (5 M.), Deutsche Christlichsoziale 799 (5 M.), Tschechische Sozialdemokraten 257 (1 M.), Deutsche Gewerbe- und Arbeiterpartei 233 (1 M.), Tschechische Nationaldemokraten 193 Stimmen (1 M.), Tschechische Nationalsozialisten 523 (3 M.), Deutsche Nationalpartei 526 (3 M.).

Die Madrider Universität auf drei Semester gesperrt.

Madrid, 17. März. Durch königliches Dekret ist die Universität bis zum Oktober 1930 geschlossen worden. Der Rektor, die Fakultätsdekan, die Quästoren und Kuratoren werden ihres Amtes entsetzt und durch königliche Kommissariate ersetzt. Diejenigen Professoren und Studierenden, die als nichtverantwortlich anerkannt werden, werden wieder in ihre Rechte eingesetzt.

Paris, 17. März. Das Sabasbüro meldet von der spanischen Grenze: 20 Professoren der

Madrider Universität haben jedwede Verantwortung für die Folgen eventueller Regierungsmaßnahmen gegen die Studenten abgelehnt. Der Madrider Professor Jimenez Ysua, der bereits vor kurzem seitens der Regierung bestraft wurde, wurde jetzt eingekerkert. Es verlautet auch, daß der Dekan der medizinischen Fakultät in Madrid, Dr. Necasens, verhaftet worden sei, doch ist dieses Gerücht bis jetzt noch nicht bestätigt. Die Regierung sei entschlossen, das Standrecht zu verhängen.

Der Handel um die Reparationsquote.

Paris, 17. März. Ueber die Arbeiten der Reparationskommission teilt „Matin“ mit, daß Frankreich jetzt 60 Milliarden an Reparationen fordert, was gegenüber den früheren Forderungen einen Nachlaß von 20 bis 40 Milliarden bedeutet. Dr. Schacht sei jedoch bis jetzt auf diese Ziffer nicht eingegangen und habe nachgewiesen, daß für die französischen Reparationen 42 Milliarden Franks genügen. Ueberdies fordert der deutsche Delegierte auch eine neuerliche strenge Nachprüfung der Forderungen aller übrigen Gläubigerstaaten. Wie das Blatt hinzufügt, erwartet man eine definitive Entscheidung in der Frage der Reparationsziffer bis Ende dieser Woche.

Deutscherseits wird dementiert, daß, wie die französische Presse berichtete, bereits Verhandlungen über die Höhe der Reparationssumme geführt würden, die sich nach einer ganz bestimmten Richtung hin orientiert hätten. Die deutsche Delegation vertritt immer noch den Standpunkt, daß Zahlungen über 37 Jahre hinaus nicht in Frage kommen könnten. Auch die „Information“ dementiert die Berichte der französischen Presse, indem sie schreibt: Wir glauben, daß die Konferenz ihre Erhebungen noch nicht auf den Betrag der Annuität und deren verschiedene Teile ausgedehnt hat, wir meinen, daß

die Konferenz auf diese Frage im Verlauf zahlreicher späterer Sitzungen zurückkommen wird.

Differenzen auf dem Parteitag in Nanjing.

Shanghai, 17. März. (Neuter.) General Fongjushang, der die Provinzen Kansu, Szechuen, Honan und Schantung beherrscht, verzichtete auf seinen Posten als Kriegsminister der nationalen Regierung in Nanjing, da es zwischen ihm und der Kuomintangpartei auf dem Kongreß der Nationalisten in Nanjing zu Gegenständen kam. General Fongjushang weigert sich, die vom Kongreß getroffenen Entscheidungen durchzuführen.

Paris, 18. März. Die Agentur Judopacific meldet aus Shanghai, daß der politische Ratgeberschicht die Auflösung der politischen Unterkomitees von Kanton und Hankau. Finanz- und Peiping beschlossen habe, die mit dem Zentralrat im Kampfe liegen. Wenn diese Auflösung ratifiziert und durchgeführt wird, dann werde China einen entscheidenden Schritt zur Zentralisierung gemacht haben.

Wir marschieren!

Vor wenigen Wochen haben unsere Genossen in Mähr.-Ost. einen schönen Wahlerfolg erringen können. Sonntag haben am anderen Ende der Sudetenländer, im äußersten Westen, die Sozialdemokraten von Eger einen Sieg errungen, der weit über den westböhmischen Kreis hinaus die Parteigenossen mit Freude und Beugung erfüllen, zu neuer Arbeit anspornen und der den Gegnern beständigen muß, daß die Sozialdemokratie im Aufstieg ist. Unsere Genossen in Eger arbeiten nicht etwa auf außergewöhnlich günstigem Boden. Eger ist keine eigentliche Industriestadt, es hat ein alteingesessenes Bürgertum, das patriotischer Traditionen festhält. Eger hat immer als eine Hochburg der Deutschnationalen gegolten und war nach dem Umsturz auch zu einem gewichtigen Stützpunkt des Merkantilismus geworden. Und in dieser Stadt, die bisher den deutschnationalen Gespinnstwebereien darstellte, haben wir vergangenen Sonntag fünf Mandate gewonnen, die Zahl unserer Vertreter von acht auf dreizehn erhöht, unsere Stimmen allein seit dem 2. Dezember 1928, das ist innerhalb eines Vierteljahres um 27 Prozent vermehrt. Es ist ein Einzelerfolg, ein losgelöstes Vorpostengefecht, aber es ist ein Sieg, der wie vor Jahresfrist der von Karlsbad und Fischern als ein Symptom unseres Aufstieges, als ein Signal für die gesamte Arbeiterklasse gelten kann!

Ein Vergleich einiger Wahlergebnisse von Eger aus den letzten Jahren zeigt deutlich die Kurven, in der unsere Bewegung seit der Umsturzzeit verläuft. Wir hatten in Eger bei den Gemeindevahlen von 1921, noch 3221 Stimmen auf uns vereinigt. Im Jahre der völkischen Hochflut und der großen Industriekrise 1923 sanken sie auf 2767, 1925 konnte ein kleiner Fortschritt — auf 2865 Stimmen — erzielt werden. Bei den Landeswahlen am 2. Dezember vorigen Jahres erhielten wir 3572 und nun 4521 Stimmen. Wir haben damit die Stimmenzahl von 1921 um 40 Prozent überholt.

Fragen wir nach den Ursachen dieses schönen Erfolges, so haben wir sie zunächst im Politischen zu suchen. Je länger der Bürgerblock regiert, desto tiefer wird in der Wählermasse die Erkenntnis von dem volkschädlichen Charakter der Bürgerblockpolitik verwurzelt, desto deutlicher werden sich die Wähler aber auch bewußt, daß die Kraft, die allein das reaktionäre Regime der Besitzlosen zu überwinden vermag, die Sozialdemokratie ist.

In Eger war der unmittelbare Anlaß der Wahl der Streit um das Gemeindefinanzgesetz, dessen Auswirkungen ja noch nicht überall in gleichem Maße fühlbar werden. Im Kampf um die Gemeindeautonomie muß sich bei allen denkbaren Schwankungen die Wage endlich doch auf unsere Seite neigen, die wir die Gemeindeautonomie seit Jahrzehnten fordern und die einzigen sind, die sie mit sozialem Inhalt zu erfüllen wußten. So war die Plattform für die Egerer Gemeindevahl durchaus günstig. Aber der wirklich große Erfolg — man ermittle nur, wie selten es bei der Startheit der Proportionalwahl gelingt, fünf Mandate in einem Anlauf zu erobern! — wird doch erst durch die musterghastige politische und organisatorische Vorbereitung der Wahl erklärt, durch das Zusammenwirken aller Kräfte, aller Organisationen, aller Vertreterinnen und Männer. Ihnen ist die Partei zu Danke verpflichtet, sie stehen als Vorbilder vor der gesamten Arbeiterklasse, ihnen nachzueifern soll das Ziel aller Genossen sein, die in der nächsten Zeit und in weiterer Frist zu lokalen oder auch zu größeren Kämpfen rufen!

Am gleichen Tage wie Eger hat auch Oberleutensdorf gewählt und auch dort hat sich die sieghafte Kraft des sozialistischen Gedankens bewährt. Unsere Genossen konnten einen ansehnlichen Stimmgewinn erzielen und ein neues Mandat in der Gemeindefrucht erobern. Mit zehn Mandaten sind wir auch in Oberleutensdorf die

stärkste deutsche Partei und befehlen ein Drittel aller deutschen Mandate. Für Oberleutensdorf, wo unsere Bewegung unter der Dauerfrist des Braunkohlenbergbaus leidet, ist der Fortschritt ein erfreulicher Erfolg.

Zeigt sich in dem wachsenden Zustrom der Wähler zur Sozialdemokratie schon eine feste Bewegung und eine richtige Beurteilung der Lage durch die arbeitende Bevölkerung, so sind die Verhältnisse innerhalb des bürgerlichen Lagers noch unklar genug und Eger wie Oberleutensdorf beweisen, daß es ein Kräftezentrum im Bürgertum nicht gibt. In Eger und Oberleutensdorf schreitet der Zerfall der deutschen nationalen Partei fort, in Eger trotz einer schweren und beachtenden Niederlage der Rosa-Luxemburg-Partei, die fast die Hälfte ihrer Stimmen vom Dezember trotz größerer Wählerzahl wieder verloren hat. Am bürgerlichen Lager fangen die Nationalsozialisten zum Teil an, was Deutschnationale und in Eger vor allem auch Christlichsoziale verlieren. In Oberleutensdorf dagegen verlieren die Nationalsozialisten 130 Stimmen und ein Mandat, daneben aber auch die Nationalpartei zwei Mandate und fast 300 Stimmen, während die Christlichsozialen aus diesem Verlust der nationalen Bürgerparteien Nutzen ziehen und ihre Position halten können. Daraus mag man unter anderem ersehen, daß keine der nationalen Bürgerparteien wirklich die Schwungkraft besitzt, den Kampf gegen die Aktivisten zu führen, daß sich im Gegenteil diese stellenweise noch durch Zulauf aus den nationalen Reihen jähren können. Nicht vergessen soll werden, daß in Eger, wo die Arbeiterschaft den großen Erfolg heimbringt, die Kommunisten fehlen, in Oberleutensdorf dagegen die Kommunisten mit einem Mandat an dem proletarischen Gewinn partizipieren, diesen aber auch verkleinern und weniger augenfällig machen. Da in Oberleutensdorf nun eine Mehrheit aus deutschen und tschechischen Sozialdemokraten, Kommunisten und tschechischen Nationalsozialisten besteht (20 : 16) wird man sehr bald erfahren, wie kommunistische Erfolge sich auf die Kommunalpolitik auswirken vermögen!

Das übereinstimmende Ergebnis aller Gemeindevahlen, die seit dem 2. Dezember stattgefunden haben, ist im tschechischen und im deutschen Gebiet Anwachen, Vormarsch, Festigung der Sozialdemokratie. Die tschechischen Genossen überflügeln vielfach die Kommunisten und Nationalsozialisten, werden wieder zur stärksten städtischen Partei, wir sind ganz unabweisbar in allen bedeutenden Orten und im gesamten Staate die weitaus stärkste deutsche Partei, die einzige starke Opposition gegen den Bürgerblock.

Und noch etwas bestätigen die Gemeindevahlen unserer Partei. Man hat in den letzten Jahren gegen uns vor allem mit dem Schlagwort von der „roten Miswirtschaft“ in den Gemeinden gekämpft. Die Wählerschaft zeigt in wachsendem Maße gerade bei Gemeindevahlen, in denen es nicht nur für oder gegen die Regierung, sondern auch für oder gegen ein kommunalpolitisches Programm zu stimmen gilt, ihr Vertrauen zur roten Gemeindepolitik. Karlsbad, Fischern, Jägerndorf, Wegstädtl,

Bränn, Ostrau, Oberleutensdorf, Eger — um nur zu nennen, was sichtbare Etappen seit den Gemeindevahlen von 1927 darstellt — sind Siege des roten Gemeindefortschritts, des Gedankens der sozialen Verwaltung gewesen. Auf diesem Wege, in diesem

Marxtempo werden wir in nicht allzuferner Zeit auch die Selbstverwaltung der Gemeinden zurückerobern und die freien Gemeinden sollen dann dem reaktionären Scheit zum Trost, rote Gemeinden, Zellen des Sozialismus werden!

Zusammenfassung der proletarischen Kräfte.

Zum Kampf gegen den Bürgerblock.

Eine Rede des Gen. Niehner auf der Berliner Kreis-Konferenz.

Auf der Sonntag abgehaltenen Parteireichskonferenz in Berlin hielt Gen. Niehner eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Die politischen und sozialen Verhältnisse in unserem Lande stellen ein getreues Spiegelbild der sozialen und politischen Erscheinungen in der Weltpolitik dar. Eine Betrachtung der weltpolitischen Ereignisse der Gegenwart lehrt uns, daß vier Erscheinungen das politische Leben in ganz Europa aufs tiefste beeinflussen:

Die ungeheure Verschärfung der Klassengegensätze, die wachsende Unsicherheit, die Ablehr der Bourgeoisie von der Demokratie und schließlich das feste und unaufhaltsam fortschreitende Wiedererwachen der Arbeiterklasse.

Diese Erscheinungen sind allen Ländern gemeinsam und bilden die Grundursache für alle heutigen politischen, sozialen und ökonomischen Verhältnisse. Der Kapitalismus ist aus dem Weltkrieg aufs schwerste erschüttert hervorgegangen. Das Streben des in seinen Grundfesten wankenden Kapitalismus ging nun dahin, seine Konsolidierung in den Jahren nach dem Weltkrieg so schnell als möglich durchzuführen. Aber die breiten Massen, die vorher all ihre Hoffnungen auf die Demokratie gesetzt hatten, von denen große Teile die zwangsläufige Entwicklung verkannten, waren enttäuscht und fielen vielfach der scheiternden Ideologie von rechts und links zum Opfer, nicht ahnend, daß sie damit unter diesen nur die Position der kapitalistischen Klasse stärken. Während in den Reihen der Sozialdemokratie es immer ein selbstverständlicher Grundlag war, daß

die Arbeiterklasse am stärksten und mächtigsten ist, wenn sie einig ist,

stellten die Kommunisten eine neue Theorie auf und fanden, daß die Arbeiterklasse am stärksten sei, am schnellsten zum Ziele komme, wenn sie uneinig ist. Diesen weltgeschichtlichen Irrtum mußte die Arbeiterschaft teuer bezahlen.

Die Unruhe und Unsicherheit ist nach dem Krieg nicht beseitigt, sondern gesteigert worden. Die Friedensverträge haben neues, vielfach größeres Unrecht in die Welt gesetzt und neue Gefahren geschaffen. Trotz Völkerverbund und Locarno hat die Abrüstung keinen Schritt nach vorwärts getan. Im Gegenteil! Zehn Jahre nach dem Kriege erleben wir in der ganzen Welt ein neues, ungeheuerliches Wettrennen und Europa befindet sich auf einem Pulverfaß, es gleicht einem Heerlager. Noch immer herrschen irrsinnige Machtwortkämpfe, die darauf aus sind, einen neuen Krieg zu entfachen.

Das Bürgertum hat den Geschmad an der Demokratie eingebüßt. Warum aber wendet sich das Bürgertum gegen Demokratie, gegen Parlamentarismus? Die Bourgeoisie, die gewohnt war, allein zu herrschen, will sich in der Macht mit der Arbeiterklasse, die durch die demokratischen Erregungenschaften starke Positionen errungen hat, nicht teilen. Deshalb ist ihr die Demokratie und der Parlamentarismus verhaßt und alle seine Sympathie hat es dem Faschismus zugewendet, auf den es nun seine Hoffnungen setzt. Der symbolischste Ausdruck dieser Bestrebungen des Bürgertums ist das Bündnis, das die katholische Kirche mit dem blutbesetzten Faschismus geschlossen hat. Den Abscheu, den alle anständigen Menschen vor dem Faschismus haben,

wird sich auch die Tatsache, daß der Papst mit ihm paktiert, nicht verkleinern, eher wird sie die Abfallbewegung für die Arbeiterklasse hat alles andere denn Reizung, die durch den Faschismus geschaffene „Ruhe und Ordnung“, wie sie Mussolini durch das blutige Abwürgen der proletarischen Bewegung geschaffen hat, als die Erlösung anzusehen!

Aber die Rückentwicklung zum Absolutismus ist noch nicht abgeschlossen.

In allen Ländern sind Bestrebungen im Gange, die Methoden Mussolinis, die Italien zur Ruhe, aber zu der des Friedhofs, geführt haben, anzuwenden. In Jugoslawien ist erst vor kurzem durch einen Gewaltstreich der Offizierskamarilla die letzte demokratische Tünche beseitigt worden und auch in Polen soll nun durch einschneidende Verfassungsänderung der letzte Rest des Parlamentarismus beseitigt und die ganze Staatsgewalt dem Militärdiktator Pilsudski ausgeliefert werden. Ähnliche Bestrebungen sind gleichfalls in Deutschland zu verzeichnen, wo das Bürgertum durch Schaffung künstlicher Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung die Atmosphäre für einen Staatsstreich schaffen will.

Aber auch das Bürgertum in diesem Staate liegelt mit diesen Methoden! Der eigentliche Grund, weshalb das Bürgertum dieses Staates nicht offen einem tschechischen Faschismus huldigt, besteht darin, daß die Bourgeoisie sich im Bürgerblock ein Machtinstrument geschaffen, mit dem es die Arbeiterklasse niederhalten zu können vermeint. Die großen Reben von der „Krise des Parlamentarismus“ sind nichts anderes, als der Ausdruck der Angst vor der Arbeiterklasse. Der Bürgerblock hat sich eine Art kalten Faschismus geschaffen, hat durch die Verwaltungsreform die ganze Verwaltung dem Bürokratismus ausgeliefert und so

die Demokratie zu einem Zerbrochen erniedrigt.

In dieser Situation ist die erfreuliche Tatsache festzustellen, daß

die Arbeiterklasse in allen Ländern erstarkt.

Das Verhängnis, das sich durch die Spaltung der einheitlichen Front der Arbeiterklasse so lange auswirkte, ist im Schwinden. Diejenigen Teile des Proletariats, die den rabulischen Schlagworten erlegen sind, haben durch die Geschehnisse der letzten Jahre und letzten Monate gelernt und die Erkenntnis, daß sie einem Phantom nachgesehen sind, greift wieder Platz und führt sie — vielleicht nicht sofort, vielleicht in Etappen, — zur einzig revolutionären Partei, zur Sozialdemokratie zurück. Die letzten Ereignisse in der kommunistischen Partei, die einem Trümmerhaufen gleicht, auf dem sich die verschiedenen Führergarnituren rufen, werden zu der Klärung beitragen. Derselben Leute, die Jahre hindurch mit dem Schlagwort „Einheitsfront“ für die weitere Schwächung der Arbeiterklasse sorgten, sie sind nicht einmal imstande, in den eigenen Reihen diese Einheitsfront zu errichten. Daß die Kommunisten durch ihre Tätigkeit nicht den Interessen der Arbeiterklasse sondern den Bestrebungen des mit dem Faschismus liebäugelnden Bürgertums dienen, das ist die Erkenntnis, die nun in den Köpfen der irreführten Arbeiter platzgreift und die Voraussetzungen für die

Zusammenfassung aller proletarischer Kräfte zum gemeinsamen Abwehrkampf gegen die Bourgeoisie.

gegen den Bürgerblock in diesem Staate, in der überwundenen sozialdemokratischen Partei schafft.

Drei Jahre hindurch hat der Bürgerblock durch seine gesetzgeberische Tätigkeit in sozialer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht dem Proletariat begünstigt durch die verbrecherische Taktik der Kommunisten, ungemein großen Schaden zugefügt. Die Arbeiterklasse, die Zeuge dieser Tragödie war, ist jetzt auf dem Wege der Befreiung, sie schafft die Grundlagen für einen erfolgreichen Kampf gegen die Bourgeoisie und für den Aufstieg der eigenen Klasse. Bisher haben wir uns immer nur an den Erfolgen unserer ausländischen Bruderparteien erfreuen können. Nun dürfen wir es mit Genugtuung aussprechen: Es geht auch bei uns vorwärts! Wir haben die frohe Gewißheit, daß wir schon in der nächsten Zeit das stolze Banner des Sozialismus ein Stück vorwärts tragen werden!

Keine Sprachprüfungen für Zivilingenieure und Dolmetsche.

Prag, 18. März. Das Oberste Verwaltungsgericht hat heute eine Reihe von Erkenntnissen publiziert, durch die mehrere Entscheidungen des Justiz- und des Arbeitsministeriums als ungesetzlich aufgehoben werden. Sie betreffen Beschwerden von deutschen Gerichtsdolmetschern und deutschen Zivilingenieuren, die von den zuständigen Ministerien im Vorjahr plötzlich aufgefördert wurden, die in der Sprachenverordnung vorgegebene Prüfung aus der Staatsprache abzulegen, weil sie als „Organe der Republik“ im Sinne des Artikels 2, Absatz 3, der Sprachenverordnung anzusehen seien. Wenn die Betroffenen der Aufforderung nicht nachkamen oder die Prüfung nicht bestanden, wurden sie ihrer Funktion kurzerhand enthoben; nicht einmal ein Aufschub der Prüfungen wurde zugestanden.

Gegen die Entscheidung haben etwa 15 Zivilingenieure und Geometer sowie eine ganze Reihe von Gerichtsdolmetschern vor dem Obersten Verwaltungsgericht Beschwerde geführt. Das Oberste Verwaltungsgericht hat nun allen diesen Beschwerden stattgegeben und die betreffenden Entscheidungen als ungesetzlich aufgehoben.

In der ausführlichen Begründung heißt es, daß weder Ziviltechniker noch Gerichtsdolmetschen der Charakter eines „Organes der Republik“ zukomme, da diese Qualifikation die Existenz einer bestimmten örtlichen und sachlichen Kompetenz zum Handeln für den Staat erfordern würde, die aber durchaus nicht gegeben sei. Infolgedessen könne man auch von den Beschwerdeführern nicht fordern, daß sie sich der Prüfungen aus der Staatsprache unterziehen.

Bemerkenswert ist, daß diese als gesetzwidrig erklärten Maßnahmen, die nur eine neue Schikanierung von Deutschen darstellen sollten, gerade von jenen beiden Ministerien ausgingen, an deren Spitze deutsche Minister stehen. Diese wollen eben immer gerade bei solchen Dingen noch päpstlicher als der Papst sein. Um so erfreulicher ist es, daß das Oberste Verwaltungsgericht diesen überflüssigen Schikanen einmal ein Ende gemacht hat.

Die Systemisierungskommission

wird bis Ende Juni fertig werden.

Prag, 18. März. (Anflich.) Am Montag, den 18. März trat die von der Regierung eingeleitete Kommission, die bei der Festlegung der normalen Zahl der Arbeitskräfte in den Staats-

Die Flucht aus der Hölle.

Von Albert Londres, 27. Neuer deutscher Verlag, Berlin.

XVIII. Rio im Schatten.

„Sie können sich denken, wie ich auf Rio de Janeiro wartete! Die Reise dauerte dreizehn Tage. Sie lächeln? Doch, doch, ich sehe es, das macht Ihnen Spaß, daß ich mit Ungeduld die Stunde herbeisehne, in der ich wieder ins Gefängnis gesteckt werde.“

Der Eindringel, den Rio auf mich macht? Es ist so schön, daß ich mir gar nicht vorstellen konnte, daß es an einem so schönen Orte Gefängnisse gibt.

Wir fahren in die Nacht ein.

Der Polizist Nummer 29 zeigt seine Begeisterung durch Pfiffe, die er mir freundschaftlich in den Rücken bläst.

Ein Boot kommt auf die „Zabara“ zu; es bringt die Polizei.

Das Boot ist für uns. Wir steigen aus. Herr Luiz zueilt. Der Polizist Nummer 29, die Hand an seinem glänzenden Revolver, folgt hinter mir, um mich besser zu beschützen. Vorwärts!

Wir kommen zum Kai.

„Kral! Sind Sie da!“ fragt Herr Luiz. „Los! da sind schon die Photographen, die sich dauernd vermehren. Kral! Kral!“

Ich werde in das Lokal der Coopolizei gestossen. Journalisten erwarten mich dort und frengen auf mich zu.

Nun? Was habe ich denn getan? Sie zeigen mir zwanzig Zeitungen mit meinem Bild und über vier, fünf Spalten: O caso Diendoné!

(Der Fall Diendoné!) Recordacoes da terra dos mortos (Erinnerungen aus dem Land des Todes). Diendoné victima da justicia dos homens. Um caso de erro judiciario. Diendoné ist unschuldig.

Was geht hier vor? Das frage ich mich. Ich habe nicht geipfelt, seit ich in Brasilien bin. Ich habe nur Ruhe und Vergessen gesucht, und nun werde ich Gegenstand großer Aktualität und Schlagzeilen!

„Faz Favor!“ rufen ihre Kollegen, indem sie mich fürziehen wollen. Sie rufen mir zu: „Sie sind unschuldig!“

„Danke, meine Herren, danke!“

„Alle wollen irgendeine Erklärung.“

„Meine Herren, ich muß Ihnen antworten, ich habe nichts zu erklären.“

Ohne den Polizist Nummer 29 wäre ich gar nicht mehr herausgekommen. Mein guter Freund macht mich los. Ein Auto steht vor der Tür. Es bringt uns fort. Herr Luiz Ignago, den Freund und mich.

Wir laufen ins Justizministerium.

Was will der Minister von mir.

Jetzt sind wir vor dem Gebäude. Eine schöne Treppe, wahrhaftig! Ein riesenhafter Diener. Wie vornehm! Als Justizlokale habe ich bis jetzt nur Gefängnisse gekannt. Es gibt auch Paläste! Narrenbüsten, Sessel, und dabei ist es nur das Verzeimniser!

Der Riese kommt uns holen, stößt eine Tür auf: Der Minister erscheint.

Er sieht mich an, er sieht mich sogar genau an. Ich bleibe unbeweglich. Er scheint müde und nervös gleichzeitig. Er hebt seinen Sessel etwas, um bequem zu sitzen. Er beginnt eine ange Unterhaltung mit Herrn Ignago. Mein Kommissar erzählt ihm die Einzelheiten des Falles. Der Minister hört zu, macht sich Notizen. Ich verfolge soviel, daß Herr Ignago meine Partei ergreift und darum bittet, daß man mich nicht ins Gefängnis sperrt. Der Minister hebt die Ar-

me, um zu sagen, daß er nichts daran ändern kann, daß ich hinein muß. Währenddessen ist der Polizist Nummer 29, der neben mir steht, zusehends durch seine Mission gewachsen. Ich bin sicher, daß er nicht hört, was gesprochen wird. Er ist taub vor soviel Ruhm!

Der Minister lächelt mir zu und verabschiedet uns. Wir sind draußen. Der Polizist Nummer 29 wickelt sich den Schweiß ab.

„Lieber!“ ich muß Sie zur Zentrale führen. Die französische Vorherrschaft hat ihre Auslieferung verlangt. Der Minister steht zwischen der öffentlichen Meinung hier und den Konwendigkeiten internationaler Regeln.“

„Um so schlimmer, Herr Luiz.“

Wir sind in der Zentrale.

Meine Freunde übergeben mich dem Polizeichef.

Uns stehen Tränen in den Augen. Der Polizist Nummer 29 läßt mir alle seine Zigaretten da. Herr Luiz verpöcht, über mich zu wachen. Wir umarmen uns, es ist der Abschied!

Identifizierung. Messungen, Büros, Treppen, Gänge, Büros, Büros! Wartezelle. Eine Stunde später: eine schöne Bescherung.

So mache ich meinen ersten Spaziergang durch Rio de Janeiro. Er endet im Casa de Detonaco, im Gefängnis. Schon wieder!

Ich gehe eine Eisentreppe hinauf. Im ersten Stock wird vor der Zelle 41 haltgemacht. Hier und eins noch! fünf! Böhse Zahl! Die Fünf hat mir immer Unglück gebracht.

Die Zelle ist zwanzig Quadratmeter groß. Es sind sechzehn in ihr, die mich betrachten. Die Reichen haben Strohmatten und Decken. Ich mache es wie die Armen: ich ziehe große Zeitungen aus der Tasche. Bier, g Seiten starke Zeitungen sind interessant im Gefängnis, wissen Sie!

„... Es steht viel zu lesen drin.“

„Nein, das ist es nicht. Man legt sie auf die Steinböden, das ist die — das hält die Kälte

besser ab! Meine Schuhe lege ich quer unter den Kopf. So lege ich mich hin.

Erste Nacht!

Zwei Deutsche, drei Spanier, fünf Portugiesen, ein Pole, fünf Brasilianer und ein Franzose (ich), das ist der Stand beim Erwachen.

Es lebe der Teufel!

Unter allen ist einer, der einen furchtbaren Krach macht: ein Indianer. Er steckt seine Kleider an das Ende eines Besenstiels und steckt sie in Brand. Mit der einen Hand hält er den Besen, mit der anderen grüßt er militärisch. Er schreit: „Vio Diabol!“ Es lebe der Teufel! Er will meine Zeitungen nehmen, um sie zu verbrennen. Ich verteidige sie. Er springt auf meine Schuhe, die ich wieder aufschneppel. Er ist nackt. Raten Sie mal, wer es ist? Febronio!

Febronio war in diesem Augenblick für Brasilien; was Landru für Frankreich war. Die Berühmtheit des einen ist so groß wie die des andern. Sie haben sie aber nicht auf dem gleichen Gebiet des Verbrechens gewonnen. Landru arbeitete im Artikel Frauen, Febronio zog die Abteilung Knaben vor. Nachher ließ er sie in einem Kochtopf kochen, indem er behauptete, daß himmlische Stimmen ihm dazu den Auftrag erteilt hätte. Die Zahl der bekannten Opfer beträgt sechs. Beim zehnten, behauptet er, hätte die neue Religion mit einem Schläge die Welt erleuchtet. So wenigstens erklärte er mir mit Hilfe eines Dolmetschers, als ich auf den Spuren der Gefangenschaft von Diendoné, das Gefängnis von Rio aufsuchte. Worüber er sich besonders beklagte, war, daß man durch seine Verhaftung „die Reichen des Allerhöchsten unterbrochen habe!“

„Mit solchen Leuten hat man mich zusammengepackt“, beginnt mein Flüchtling wieder.

(Fortsetzung folgt.)

ämtern und Unternehmungen und im Zusammenhang damit bei der definitiven Systemisierung der Dienststellen für die nächsten drei Jahre mitwirken soll, zu ihrer ersten Sitzung zusammen. In der allgemeinen Aussprache wurden die grundsätzlichen Gesichtspunkte, von denen sich die Kommission bei ihren bevorstehenden Arbeiten wird leiten lassen müssen, und das formale Arbeitsverfahren festgelegt. Die Vertretung der Ressorts und der Zentralämter, von denen keine amtlichen Sachverständigen in die Kommission ernannt wurden, wurde einzelnen amtlichen Sachverständigenmitgliedern der Kommission zugewiesen.

Die Beratung ergab eine völlig einheitliche Ansicht über die Aufgaben der Kommission und ließ den festen Willen erkennen, die Arbeiten spätestens bis Ende Juni durchzuführen. Sobald die in Angriff genommene vorläufige Bearbeitung des Materials der einzelnen Ressorts, die sich in der Personalaktion des Finanzministeriums konzentrieren wird, zum Abschluß gebracht sein wird, wird die Kommission zu einer weiteren Plenarsitzung einberufen werden.

Das Zentralorgan der deutschen Nationalpartei als Streikbrecheragentur!

Judas verschäuferte seinen Herrn und Meister für 30 Silberlinge, das nordböhmische Tagblatt besorgt die Streikvermittlung für 30 Heller per Wort. Seit vierzehn Tagen sehen die Arbeiter der Hutfabrik Schleginger in Teschen im Streik. Diese Tatsache wurde in der Parteipresse veröffentlicht und die Arbeitshenden aufmerksam gemacht, daß in diesem Streik der Zugang streng fernzuhalten ist. Dabei handelte es sich keineswegs um einen Streik, der von den Arbeitern leichtfertig vom Zaune gebrochen wurde, sondern es ist ein Abwehrstreik gegen das Diktat der Firma, welche die Arbeitspreise bis zu 50 Prozent herabsetzen will. Ebenso lange als der Streik dauert, erscheint im nordböhmischen Tagblatt im Kleinen Anzeiger fortlaufend ein Inserat, in welchem Arbeiter und Arbeiterinnen für die Hutfabrik Schleginger in Teschen gesucht werden. Dieses Inserat bespricht wie sich ja aus der Sachlage ergibt, nichts anderes, als Streikbrecher anzuloden und durch Streikbrecherarbeit den Widerstand der im Auslande befindlichen Arbeiter gegen das Diktat des Abbaues der Arbeitspreise zu brechen. Das nationalparteiliche Hauptorgan besorgt also seiner ganzen Tradition getreu wieder einmal das unehrliche Geschäft der Streikvermittlung. Dabei kann sich dieses Fabrikantenblatt nicht einmal darauf berufen, im guten Glauben zu handeln und von dem Streik nichts gewußt zu haben. Es wurde, wie erwähnt, über den Streik mehrfach und an auffälliger Stelle in der Parteipresse berichtet, ebenso auch die Streikvermittlung des genannten Blattes festgenagelt und diese Veröffentlichungen können der Schriftleitung und Verwaltung des nordböhmischen Tagblattes nicht entgangen sein. Wir registrieren aufs neue das arbeiterfeindliche Verhalten des nationalparteilichen Hauptorgans und fordern die Arbeiter auf, den härtesten Kampf gegen das von Arbeiterkreuzern lebende und Streikbrecher vermittelnde deutschnationalistische Unternehmungsblatt aufzunehmen. Für dieses Blatt darf in keiner Arbeiterfamilie Raum sein.

Zugang von Hutarbeitern und Hutarbeiterinnen zu der Fa. M. Schleginger, Teschen, ist strengstens fernzuhalten.

Zur Klassenauflösung an Bürgerschulen. Der Hauptverband des deutschen Landeslehrervereines hat folgende Entschliessung gefaßt: Im Schuljahre 1928/29 sind in Böhmen infolge des durch den Krieg verursachten Schülerrückganges an den deutschen Bürgerschulen 85 Parallelklassen teils durch Sperrung, teils durch Zusammenziehung verloren gegangen. Das bedeutet die Hälfte der Parallelklassen an den deutschen Bürgerschulen. Aber auch der weitere Stand dieses Restes ist in den nächsten zwei Jahren in Frage gestellt, wenn Landeskultur- und Landesbehörde die vorübergehende Erscheinung des Schülerrückganges weiterhin zum Anlaß von Sperrungen nehmen. Weil es sich bei den Bürgerschulen zumeist um die Fortführung eines durch jahrelange Entwicklung langsam entstandenen Schulorganismus handelt, stellt der Hauptverband des Deutschen Landeslehrervereines in Böhmen das dringende Ersuchen, für die Zeit des Uberganges einen Ausnahmezustand zu bewilligen und von jeder Auflösung und Zusammenziehung von Bürgerschulklassen, weiter aber auch von jeder Zusammenziehung oder gar Auflösung von Bürgerschulen unter allen Umständen abzusehen. Er erwartet um so mehr ein Entgegenkommen in dieser Frage, weil gerade aus pädagogischen Gründen eine geringere Schülerzahl in den Bürgerschulklassen, die vielfach noch aus der Nachkriegszeit bestehenden Mängel der Ausbildung der Schüler beseitigen konnte.

Kramar und Mussolini. In den „Narodni Dlisty“ veröffentlicht der Führer der Nationaldemokraten Dr. Kramar einen Artikel über das faschistische Italien, wo er Mussolini nicht genug loben kann. Kramar lehnt es zwar ab, die faschistischen Methoden auf die Tschechoslowakei zu überpflanzen und erklärt sich weiterhin als Demokrat. Immerhin ist seine Stellung zu Mussolini nicht ganz klar. Er sagt: Wir wollen Mussolini nicht nachahmen darin, was für uns unannehmbar ist, aber bemühen wir uns, unserer Nation damit zu helfen, was das Geheimnis seines

Erfolges ist, nämlich opfervolle Tatkraft, Liebe zur Nation und zum Staate, eine Liebe und Ergebenheit, welche der Grundton all unserer politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und vor allem sozialen Tätigkeit wäre. — In dem Viebürgeln mit Mussolini trägt sich aus, daß Kramar ein außerordentlich entwickeltes bürgerliches Klassenempfinden hat und bereit ist, die Interessen der Tschechoslowakei zu wahren, auch wenn sie zu faschistischen Methoden greifen sollte.

Mag alles bei den Eisenbahnen drunter und drüber gehen, wenn nur nichts in die Zeitungen kommt. Wie das „Narodni Dsvojenje“

berichtet, hat das Ministerium des Innern unter Zahl 20.643 aus dem Jahre 1928 einen Erlaß herausgegeben, wonach Journalisten und überhaupt dritten Personen keine Aufklärungen über Mißstände bei den Eisenbahnen gegeben und Eisenbahnunfälle nicht fotografiert oder gefilmt werden dürfen. Die Tagespresse soll sich nur auf die Berichte beschränken, die ihnen die Eisenbahndirektionen geben. — Dieser Erlaß des Herrn Cerny scheint nicht sehr im Einklang zu stehen mit der Rede, in der der Ministerpräsident Udral unlängst die große Bedeutung der Presse für den Staat hervorgehoben hat.

Das Problem der Industrialisierung Sowjetrußlands.

Von W. Friedrich.

Nachstehend bringen wir einen Artikel, dessen Verfasser lange Jahre in Rußland gewesen ist und dort das Amt eines Leiters der Wirtschaftskommission der Republik Krim bekleidet hat. Er ist tschechoslowakischer Staatsbürger und gehört der Opposition der kommunistischen Partei an. Wenn man seine Ausführungen auch nicht in allen Einzelheiten unterschreiben kann, steht er das wirtschaftliche Lebensproblem Rußlands im Wesen doch richtig. Die Red.

Die Epoche der Erneuerung der zum allergrößten Teil im Bürgerkrieg vernichteten Sowjetwirtschaft ist in groben Umrissen beendet. Die industrielle Erzeugung (mit Ausnahme der Eisenindustrie) hat bereits das Vorkriegsniveau überschritten, die landwirtschaftliche Produktion nähert sich diesem Zustande. In der Industrie wurde diese Erneuerung auf einer nicht-kapitalistischen Grundlage durchgeführt. Die Rep hat privatrechtliche Zellen im Wirtschaftsorganismus des Sowjetverbandes zugelassen, hat ihnen einen Teil der Positionen (freier Handel, Uebergabe gewisser Betriebe in Privateigentum, Konzessionen, für das Auslandskapital) eingeräumt, aber der Kapitalismus hat weder in der Industrie noch im Handel irgend eine bedeutende Ausbreitung erfahren. Deswegen ist es, wenn wir von der Erneuerung der Industrie in der Sowjetindustrie nicht dem Kapitalismus zu verdanken ist. Oft begegnen wir im Westen der Auffassung, daß die neue Wirtschaftspolitik eine einfache Rückkehr zum Kapitalismus ist und daß nur in dem Maße, in welchem die Sowjetindustrie zur kapitalistischen Wirtschaft übergeht, ihre Erneuerung stattfindet. Dem ist nicht so. Wir wollen damit nicht sagen, daß die heutige Sowjetindustrie schon ein Teil irgend einer vollendeten sozialistischen Organisation ist. Der Sozialismus bedeutet eine höhere Organisationsform der menschlichen Arbeit als der Kapitalismus. Die hohen Preise der Industrieprodukte in der Sowjetunion, welche zwei bis fünfmal so teuer sind wie in den entwickelten kapitalistischen Staaten, zeugen dafür, daß es vorzeitig wäre, zu sagen, daß die nationalisierte Sowjetindustrie schon jenen Höhergrad menschlicher Arbeit erreicht hätte. Aber auf der anderen Seite führt uns der Umstand, daß die Großindustrie nationalisiert und vom Staate beziehungsweise seinen Wirtschaftsorganen geführt ist, dazu, daß ihre Erzeugung vom Staate reguliert ist, so daß sie einen Teil der Volkswirtschaft bildet, weiters daß schließlich der in der Industrie erzeugte Mehrwert nicht von der Kapitalistenklasse angeeignet wird, dazu, daß man die Sowjetstaatsindustrie nicht in die Kategorie des Kapitalismus einreihen kann. Die Rep hat also nicht den Kapitalismus im Bereich der industriellen Erzeugung Sowjetrußlands zum Siege geführt.

Anderes ist es in der Landwirtschaft. Dort geschah die Entfaltung der Produktivkräfte, die durch die neue Wirtschaftspolitik ermöglicht wurden, auf privatrechtlicher Grundlage. Die bäuerlichen Kommunen und die kollektiven Wirtschaften haben sich keineswegs wesentlich ausgedehnt, noch haben sie das Antlitz der Sowjetlandwirtschaft verändert. Diese bleibt und in noch höherem Maße als vor der Revolution typische individuelle Kleinbäuerliche Wirtschaft. Bei einem Gesamtumfang der Saatläche von über 100 Millionen Desjatinen entfallen auf die kollektiven Wirtschaften nur drei Millionen. Die Erneuerung der Landwirtschaft erfolgte also in Sowjetrußland auf privatrechtlicher Grundlage. Dieweil die Industrie schon die Grenze des Jahres 1913 überschritten hat, bleibt die landwirtschaftliche Produktion noch unter dieser Grenze.

Am Ende der Epoche der Erneuerung seiner Wirtschaft steht der Sowjetverband vor dem Problem, in welcher Richtung und zu welchen

Zielen sich die Wirtschaftspolitik des Landes bewegen, mit welchen Methoden sie erfolgen soll.

In der Sowjetunion bestimmt die ganze Staatspolitik, also auch die Wirtschaftspolitik, die regierende kommunistische Partei. Auf ihrem 15. Kongreß im Dezember 1927 wurde die sogenannte Generallinie der Partei bestimmt, die dahingehet, daß im Bereich der wirtschaftlichen Tätigkeit die grundlegende Aufgabe für die nächste Reihe von Jahren die Industrialisierung des Landes ist.

Das letzte Jahr stand im Zeichen dieser intensiven Industrialisierung. Im Staatsvoranschlag wurde für industrielle Investitionen im Jahre 1927-28 der Betrag von 1318 Millionen Tschernowetz-Rubel (nach dem nominellen Kurs etwa 22 Milliarden Kronen) gewidmet. Die industrielle Erzeugung stieg im Laufe des Jahres 1927-28 nach den offiziellen Angaben der Sowjets um 13,4 Prozent und bei der Staatsindustrie sogar um 14,3 Prozent. Besonders stark wird die Metall- und Eisenmaschinen- und chemische Industrie die Förderung von Kohle und Kohlebetrieben, ebenso werden große Mittel den Zwecken der Elektrifizierung gewidmet.

Während so die industrielle Erzeugung rasch gestiegen ist, während neue Fabriken und Elektrizitätswerke gebaut werden, tritt in den Städten Mangel an Nahrungsmitteln ein. Nach einer Pause von mehreren Jahren haben sich in den russischen Städten wieder Provisorien gezeigt. Die Verpflegungsschwierigkeiten traten schon voriges Jahr zwei, drei Monate vor der Ernte auf und zwar besonders in Südrußland und im Kaukasus. Im neuen Wirtschaftsjahr (welches in der Sowjetunion am 1. Oktober beginnt) begannen die Verpflegungsschwierigkeiten bereits schon im November und Dezember.

Woher kommen diese Schwierigkeiten? Wie ist es zu erklären, daß Rußland, welches vor dem Kriege für dreieinhalb Milliarden Rubel landwirtschaftliche Produkte ausführte und nun den landwirtschaftlichen Export auf ein Minimum reduzierte, die Ausfuhr von Getreide überhaupt einstellte, daß dieses landwirtschaftliche Rußland Verpflegungsschwierigkeiten durchmacht? Zeugt dies nicht dafür, daß die Wirtschaftspolitik in mancher Hinsicht fehlerhaft ist? Daß sie korrigiert werden muß? Läßt sich die Industrialisierung überhaupt durchführen, wenn der Nahrungsmittelmangel eine chronische Erscheinung würde?

Das sind Fragen, auf die die Führung der K. P. R. stößt und die heute den Gegenstand des Streites innerhalb der Partei bilden. Da die kommunistische Partei die einzige legale und herrschende politische Organisation des Landes ist sind diese Fragen die Probleme der Wirtschaftspolitik innerhalb der Partei ein vernehmbares Echo. Er scheint uns, daß diese Fragen, die mit dem Grundproblem des Verhältnisses zu den bäuerlichen Schichten zusammenhängen, sehr stark das Leben innerhalb der Partei und weit darüber hinaus beeinflussen wird, selbst, wenn die Stalinische Fraktion noch so sehr bestrebt sein wird, das zu verhindern. Die Verpflegungsfrage ist die Lebensfrage des ganzen Sowjetregimes. Sie betrifft nicht nur die schmale Schicht der Parteielite, wie dies bei den letzten Diskussionen mit Trotzki war, da das theoretische Problem über die Möglichkeit des Aufbaues des Sozialismus in einem Lande im Vordergrund stand. Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten erhalten eine beschränkte Zuteilung schwarzen, schlecht verdaulichen Brotes, Millionen der städtischen Bevölkerung die auf dem Markt mit Schwierigkeiten beim Einkauf von Butter und Eiern zu kämpfen haben, werden ganz konkret auf das Problem des Verhältnisses zur Landbevölkerung gestoßen. Für sie hört diese Frage auf, etwas Abstraktes, Fremdes zu sein, etwas, womit sich nur die kleinen Gruppen der Führer befassen. (Schluß folgt.)

gegen die Sozialdemokratie Propaganda machen will. Gegen dieses Blatt hat „Die Welt am Montag“, das bekannte Organ des Publistischen Verlags, eine Klage wegen unlauteren Wettbewerbes angebracht; Münzberger hatte nämlich die Anfangsbuchstaben des Verlagsblattes zur Klammer benutzt, was ihm aber jetzt durch einen vorläufigen Gerichtsbeschluss eingestrichelt wurde.

Aufbruch in der Wüste. Basra, 17. März. (Reuter.) Der Scheich des mächtigen Stammes des Atsfa Ibn Humaid hat sich gegen die Könige von Hedschas und Ibn Saud aufgelegt. Ibn Humaid fiel mit einigen wilden Horden in das Gebiet von Redschä ein und machte alle Agenten des Königs, die bei den Wüstenstämmen Steuer einhoben, nieder. Es heißt, daß Ibn Saud eine Strafexpedition gegen die Aufständischen vorbereitet.

Vom Rundfunk. Empfehlenswertes aus den Programmen. Mittwoch.

Wien: 10.30 Schallplattenmusik. 12.30-13.30 (Sendung nach Berlin) Konzert, 15.00 Schallplattenmusik, 17.30 Der 1. (Sei) Sendung: Weltbericht und Tagesnachrichten, darauf Arbeiterversammlungen: Edwin Janetzki, 19.05 Konzert: Fragen der kommunistischen Weltbewegung, 19.05 Konzert: Der kommunistische Weltkongreß, 20.30-22.15 (Sendung nach Berlin und Prag) Schallplattenmusik, 22.15-23.00 (Sendung nach Prag) Konzert, 17.45 Deutscher Sendung: Vorkriegsberichte, Tiller Klavier, Opernfragmente, Hans Seltz: Klavier, 19.05 Konzert, 20.30-23.30 (Sendung nach Prag und Prag) Alle über die Hauptstadt. — Weidburg: 11.40 Deutsche Vorkriegsberichte. — Zentrals: 21.00 Orchesterprogramm. — London: 19.45 Orchester Klavier, 21.45 Kammermusik. — Berlin: 21.30 Orchester in Musik und Stimmung. — Leipzig: 19.30 Uebertragung aus dem städtischen Opernhaus Chemnitz: „Pöbel“, Oper. — Breslau: 19.30 „Der Götter“, Oper von Mozart. — München: 20.00 Konzert, 22.45-24.00 Kammermusik. — Hamburg: 19.00 Deutsches und westliches Volkstheater im städtischen Theater, 21.30 Slavische Kammermusik. — Sagan: 19.30-18.30 Aus der Musikschulstadt der Elektrostadt, 19.30 Schallplattenmusik. — Bern: 20.15-21.00 Kammermusik, 21.00-21.45 Solfeggio und Orchesterkonzert. — Wien: 21.45 Uebertragung einer Oper. — Kopenhagen: 20.00-22.00 Konzert. — Riga: 20.50 Kammermusik.

Tomski „amtsmüde.“

Auch die russischen Gewerkschaften rebellieren.

Jede Woche werden von dem gewerkschaftsamtlichen russischen „Trud“ mehrere Berichte über die Sitzungen des Präsidiums des Zentralrates der Gewerkschaften veröffentlicht. Der Name Tomski ist freilich in diesen Berichten seit drei Monaten nicht mehr anzufinden. Der Vorsitzende des Zentralrates hält sich von der Arbeit der Gewerkschaftszentrale fern oder — wird von ihr ferngehalten. Die Krise des russischen Kommunismus wirkt auch auf die Gewerkschaftsbewegung ihren Schatten, und der Führer der kommunistischen „Rechten“ will in der Gewerkschaftsbewegung nicht mehr die Rolle eines geistigen ausführenden Organs der Stalin-Diktatur spielen. Ueber die Spannungen, die dabei entstehen, kann man sich nur auf Umwegen ein Bild machen. In der soeben abgehaltenen Moskauer Bezirkskonferenz der kommunistischen Partei wurde von einem Schüler Tomskis, dem Vorsitzenden des Moskauer Gewerkschaftsrates Michajlow, ein Bericht über den Stand der Gewerkschaftsbewegung erstattet. Ueber den Inhalt des Referates schweigt die „Pravda“ — man erfährt nur, daß er zu lebhaften Auseinandersetzungen geführt hat. Auch über diese Debatte wird nur sehr dürftig berichtet, ohne daß freilich folgende bezeichnende Stelle des amtlichen Berichtes übersehen werden könnte:

„Genosse Michajlow erklärte hier, daß er eine Revision der Grundzüge der Führung der Gewerkschaften für unmöglich hält. Warum aber hat Genosse Michajlow nichts darüber gesagt, wie er sich zu den Genossen einstellt, die diese Grundzüge revidieren wollen?“ fragte hier einer der Delegierten: „Genosse Michajlow hat eine neutrale und recht zweideutige Stellung gegenüber den Genossen eingenommen, die durch parlamentarische Tricks wie Rücktritte u. ä. die Partei zu zwingen versuchen, ihre Führung in der Gewerkschaftsbewegung abzuschwächen.“ („Pravda“ vom 6. März.)

Fast zu gleicher Zeit wurde auch in Leningrad eine kommunistische Bezirkskonferenz abgehalten. Der Bericht, den die „Pravda“ am 7. März über diese Konferenz veröffentlicht, ist mit der sonderbaren Ueberschrift versehen: „Keiner hat das Recht, sich von der Revolution beurlauben zu lassen.“ Offenbar ist der Bericht im letzten Augenblick gründlich revidiert worden, so daß nur ein kurzer Absatz am Schlusse des Berichtes die geheimnisvolle Ueberschrift verständlich macht. Es heißt da:

„Die Genossen Jakob, Arsin, Fedorow und viele andere lenkten die Aufmerksamkeit der Parteikonferenz auf die Frage der Führung der Gewerkschaften durch die Partei. Die Partei müsse die Verluste einzelner Parteifunktionäre unterbinden, die der Führung der Gewerkschaften durch die Partei mit Rücktrittsdrohungen aus dem Wege gehen wollen.“

In dem Bericht über den zweiten Verhandlungstag der Leningrader Parteitagung wird ferner mitgeteilt, daß einer der Delegierten „darauf hingewiesen hat, daß manche Gewerkschaftsfunktionäre sich unter dem Banner der Verbandsdemokratie der Führung durch die Partei entziehen wollen. Diese Genossen führten die Anweisungen der Partei nicht aus und lehnten die Erledigung der ihnen obliegenden Arbeit ab. Es müßten die, die die Beschlüsse der Partei sabotieren, radikal zur Ordnung gerufen werden.“ („Pravda“ vom 8. März.) Die Bedeutung, die dieser Frage aus den beiden Konferenzen beigegeben wurde, läßt keinen Zweifel darüber, daß es sich hier um eine unter den kommunistischen Gewerkschaftern maßgebende Person handelt. Der Konflikt zwischen Stalin und Tomski spitzt sich immer mehr zu. Die Lösung des Konfliktes kann nicht mehr lange hinausgezögert werden.

Devisenkurse.

Prager Anzei am 18. März. Table with columns for currency (Gold, Silber) and exchange rates for various locations like London, New York, etc.

Tagesneuigkeiten.

Schattenbilder.

So bunt ist das Leben und so abwechslungsreich. Eine einzige Seite des „Prager Tagblatt“ vom 17. März zeigt es uns im schönsten Licht. Und da alles auf die Beleuchtung ankommt, soll ihr hier eine Vorkostung haben:

Diplomaten-Brühstück beim Heiligen Stuhl. Rom, 16. März. Das große Brühstück, das morgen den beim Hl. Stuhl akkreditierten Diplomaten gegeben wird beschäftigt die mondane Reue der Rom in hohem Maße. Man versichert, daß es ein Ereignis werden soll, von dem man noch lange sprechen wird. Die Speisenfolge ist blendend:

- Bouillon in Tassen.
- Eier auf piemontesische Art.
- Zeremonien mit Kaviar.
- Gebatener Perlhuhn mit gemischtem Salat.
- Gartenspargel mit holländischer Sauce.
- Häselnüsse mit feinem Gebäck.
- Obst, Käseplatten, verschiedene Süßwaren.

In Weinen wird weißer Capri, roter Barolo, Marsala und Zell gereicht. Der hübschenförmige Tisch ist für 60 Personen im Gobelinsaal gedeckt, dessen Wände u. a. Szenen aus dem hässlichen Leben des Sonnenkönigs zeigen. Das Tischstück der Tafel bildet der große, von Napoleon I. dem VII. gekaufte Bronzestatue. Neben dem Tisch verläuft eine glatte, in einem handgetriebenen Silberrahmen gefasste Spiegelplatte, auf der zahlreiche Aufsätze in Silber und Porzellan verstreut sind. An den beiden Enden der Tafel befindet sich je eine große Nachahmung des Obelisks des Petersplatzes. Teller und Geschirr sind aus afrikanischem und englischem Porzellan, das Besteck aus schwer verarbeiteten Silber.

Freilich, „wo viel Licht ist, ist auch viel Schatten“.

Soldatenselbstmord. In Reichenau hat sich der Infanterist Johann Ziskula des Inf.-Reg. Nr. 2 im Wachdienste beim Probantmagazin erschossen. Ursache unbekannt.

Aber das ist kein Ereignis.

Die Lebensmüden. Wien, 16. März. Heute haben sich in Wien zwei Selbstmordtragödien ereignet, die drei Todesopfer forderten. Die Inhaberin eines Parfümeriegeschäftes Gusti Pfäfer beging Selbstmord durch Vergiftung. Ihr 16-jähriger Sohn schlief in einem Nebenraum und wurde durch das eindringende Gas so vergiftet, daß sein Zustand als hoffnungslos bezeichnet wird. Als Ursache wird materielle Not angegeben.

Sauptache, daß die Speisefolge blendend ist. Ueber das Materielle kommt man mit weisem Capri, rotem Barolo, Marsala und Zell schon hinweg. Dafür haben wir ja auch aller Orten Hüter moralischer Anschauungen:

Die Moral der Millionäre. In New York hat sich ein Theater Service Club gebildet, der als eine Gründung der oberen „100“ Namen wie Rockefeller, Morgan und Vanderbilt zu seinen Mitgliedern zählt. Der Klub stellt eine Art oberste Zensurbehörde für die New Yorker Theater dar. Durch eigene Kritiker werden die zurzeit am Broadway aufgeführten Stücke auf ihre Moral geprüft. Der Klub gibt täglich an seine Mitglieder gedruckte Berichte heraus. Ein Boykott durch diesen Klub hat einen völligen Mißerfolg des Stückes in New York zur Folge, da es in der Gesellschaft zum guten Ton gehört, sich dem Geschnitzten der oberen „100“ anzupassen.

Ein akkreditierter Diplomat: „Heiliger Vater, konnte man nicht die Beleuchtung ein wenig abdrehen. Wir werfen alle so lange Schatten und das sieht so gespenstisch aus.“

Der Jgel.

Emil Ludwig und die Kriegsschuldfrage.

Die deutschnationale Presse führt seit Monaten einen Feldzug gegen Emil Ludwig, den berühmten Verfasser der Biographien Bismarcks, Napoleons, Goethes und Wilhelm II., weil er angeblich in America Vorträge über Deutschlands Kriegsschuld gehalten habe. Der Verlag Ernst Rowohlt erhebt gegen die fortwährenden Beleuchtungen Einspruch und beweist an der Hand der Presse-Ausschnitte aus den Hearstblättern, in denen Ludwig über die Kriegsschuldfrage geschrieben hat, daß die deutschnationalen Behauptungen unwar sind und dem Bedürfnis entspringen, dem Perforator mancher Heldengedächtnis ein am Zeuge zu stützen. Ludwig hat keine Ansichten in folgenden, in der amerikanischen Presse erschienenen Thesen zusammengefaßt:

1. Alle Nationen sind unschuldig, denn keine wollte den Krieg.
2. Mehrere Regierungen sind mitschuldig, denn sie wollten den Krieg oder haben ihn nicht verhindert.
3. Diese Mitschuld erstreckt sich auf mehrere Kabinette beider feindlichen Parteien, läßt sich aber in Prozenten nicht abwägen.
4. Da der Gegensatz zwischen Oesterreich und Rußland seit vielen Jahrzehnten den Frieden Europas am stärksten bedroht hat, ist es natürlich, daß die Kabinets in Wien und Petersburg mit ihren Trübsalern am stärk-

13 Tote bei einem Flugzeugabsturz.

Die größte Flugzeugkatastrophe in den Vereinigten Staaten.

New York, 18. März. Bei Newark in den Vereinigten Staaten stürzte gestern ein Flugzeug der Colonial Airways ab. 13 Passagiere wurden dabei getötet, eine Person schwer verletzt. Der Flugzeugführer kam ohne Verletzung davon; er erklärte, daß das Unglück durch eine Motorstörung verursacht wurde.

Das Flugzeug hatte bereits mehrere Rundfahrten über der Stadt ausgeführt; bei der Unglücksfahrt waren alle Plätze besetzt. Schon beim Start sah man, daß der Pilot mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Das Flugzeug erhob sich nur langsam und unsicher; in etwa 70 Meter Höhe drückte ein Windstoß den Apparat zur Erde. Die beiden Motoren versuchten eine Rolllandung.

Von flüchtigem Stahl verbrannt. Schweres Unglück in den Wittowitzer Eisenwerken.

Mähr.-Orau, 17. März. Im Walzwerk der Wittowitzer Eisenwerke ergoß sich gestern beim Gießen die flüssige Stahlmasse auf einen Arbeiter und drei Arbeiter, die in der Nähe des Gußiegels standen, und verletzte sie schwer. Ein vierter Arbeiter konnte noch rechtzeitig zur Seite springen, so daß er nur leichter verletzt wurde. In später Nachtstunde wird gemeldet, daß zwei von den verbrannten Arbeitern bereits gestorben sind und der dritte in Agonie liegt.

Nicht tote Vergleute bei einem Grubenbrand.

London, 18. März. Wie aus Galesowen (Worcestershire) gemeldet wird, ist in einem Kohlenbergwerk bei Goombswood ein Grubenbrand ausgebrochen. Acht Vergleute wurden an ihrer Arbeitsstelle von den Flammen abgetrie-

ben. Eine später in das Bergwerk eingedrungene Rettungsexpedition fand sie sämtlich tot auf.

sten zum Arzte drängten; ihnen folgten in der Entfernung von Selundonien ihre beiden alten Verbündeten in Berlin und Paris; in erheblicher größerer Entfernung das Londoner Kabinett.

5. Wer sein eigenes Volk vor der Verleumdung schützen will, als hätte es den Frieden der Welt gestört, muß ohne Rücksicht die Fehler einer Regierung aufdecken, die von diesem Volk am Ende des Krieges zur Züchtung vertrieben worden ist.

6. Die Theorie von der Alleinverantwortung Deutschlands ist ebenso unhaltbar, wie die Theorie von der Unschuld Deutschlands. Der Versaillesvertrag ist also auf einer falschen Behauptung aufgebaut.

Diese Thesen sind im großen und ganzen unansprechbar. Sie decken sich mit dem bisherigen Ergebnis der wissenschaftlichen Forschung und werden im Wesentlichen kaum eine Korrektur erfahren.

Gibt man hier der Wahrheit die Ehre und tritt der Kampagne Ludwig entgegen, so muß man bei diesem Anlaß andererseits seinem Erstaunen über die letzten Unternehmungen des Herrn Ludwig Ausdruck geben. Ludwig hat es für richtig befunden, Mussolini und dem Papste seine Aufmerksamkeit zu machen. Daß er zum Papste geht, könnte man noch hinnehmen, der Besuch bei Mussolini aber ist gefundlos, eine Geschmacklosigkeit; von Mussolini den Auftrag zu einer Garibaldi-Biographie anzunehmen, kommt jedoch einer Schandung Garibaldis und von allem Anfang einer Disqualifizierung dieser Arbeit gleich. Ueber die Art Mussolinis kann sich doch der Biograph Wilhelm II., am wenigsten in Jrtum sein. Daß z. B. die „Pr. Presse“ auf die letzten Aeußerungen Ludwigs bereits mit zustimmenden Zitaten reagiert, zeigt am besten, was von ihnen zu halten ist. Sie sind zum mindesten unserios. Ludwig rühmt z. B. Masaryk und Mussolini nach, sie seien beide „stolz darauf, daß sie keinen Stammbaum haben“. Nun hat Mussolini sich bekanntlich einen Stammbaum für tausend Geld herstellen lassen und Masaryk hat jedenfalls seine Befriedigung darüber geäußert, daß seine Kinder einen haben (in den Gesprächen mit Capel). Manche Leute haben sich nach diesen Erfahrungen gesagt, daß bei einer Stammbaumkonkurrenz das Ancien Regime mit den immerhin verlässlicheren Ahnentafeln der neuen Zeit den Rang ablösen dürfte und daß diese besser daran läte, auf andere Vorzüge zu pochen, solange sie halbwegs welche ins Treffen führen kann. Emil Ludwig scheint von diesen Dingen nichts zu wissen; daß er sie verschweigt, nehmen wir nicht an. Er ist aber leicht unterrichtet und läßt sich dadurch leider nicht von bezidierten (Zehl-)Urteilen abhalten!

Umbauten im „Graf Zeppelin“.

Friedrichshafen, 18. März. Die Ueberholungsarbeiten an dem Luftschiff „Graf Zeppelin“ werden in diesen Tagen zu Ende geführt. Für die Erfordernisse des Schiffes bei großer Fahrt, wie für die Bedürfnisse der Besatzungsmannschaften nach geeigneter Unterbringung auf langen Streckenflügen sind im Verlauf dieser Arbeiten verschiedene Umbauten im Innern des Schiffskörpers vorgenommen worden. So sind in der ganzen Länge der vorderen Hälfte des Schiffes über der Passagierunterkunft 15 Kabinen zu je zwei Betten sowie drei kombinierte

Küchen und ein Apparat noch knapp einem Fabrikdach und einem Eisenbahndamm, streifte dann aber mit der Passagierkabine einen auf der Strecke stehenden Güterzug. Das Flugzeug wurde wie mit einem Messer zerschneiden; der Rumpf brach ab und wurde vollständig zusammengequetscht, so daß alle 13 Passagiere auf der Stelle tot waren. Es gelang erst nach längeren Bemühungen, die Toten aus der zerdrückten Kabine zu befreien und zu identifizieren. Die Piloten wurden aus dem Führerstrahl befreit und dabei einer von ihnen schwer verletzt.

Die Katastrophe steht in der Geschichte der Flugunfälle der Vereinigten Staaten vereinzelt da.

Standrecht in Alabama.

Atlanta (Georgia), 18. März. Wie verlautet, wurde in Elba und Geneva in Alabama das Standrecht ausgerufen, um Plünderungen zu verhindern. Die Zahl der bis jetzt bekannten Unglücksfälle infolge Hochwassers in den drei Staaten Georgia, Alabama und Florida beträgt 17.

Montgomery (Alabama), 18. März. (Reuter.) Mehr als 2000 Flüchtlinge der von der Ueberflutung heimgesuchten Stadt Elba wurden an höher gelegene Orte gebracht. Die Bewohner der Städte Elba und Geneva wurden mit Nahrungsmitteln versehen. In den überschwemmten Strassen Elbas steht das Wasser noch immer etwa 1 Meter hoch. In Geneva ist das Wasser während der Nacht um 2,5 Meter gesunken; aus dieser Stadt wird nur ein Toter gemeldet.

Räume neu eingebaut worden. Die letzteren erlauben entweder die Anbringung von Hängematten oder die Unterbringung von Frachtgut. Von der Küche ist ein Speiseaufzug für das Mannschaftsessen zu dem Laufgang durchgebaut worden. Schließlich hat das Luftschiff noch eine Elektromotortast erhalten. Der Aufstieg zur Mittelmeerfahrt soll, wie schon berichtet, am 25. März erfolgen.

40 Schiffe vom Eisstoß mitgerissen.

Belgrad, 17. März. Auf der Save wurde ein großes Schiffsunglück dadurch hervorgerufen, daß ein großer Eisbrecher, der oberhalb des Winterhafens untergebracht war, von dem Eis zermalmt wurde. Nach der Zerstörung dieses aus Holzpiloten hergestellten Eisbrechers hatten die Eismassen freien Weg und stießen auf die im Winterhafen verankerten Schiffe. Durch diesen mächtigen Anprall wurden sämtliche Sicherheitstauwerke zerrissen und etwa 40 Schiffe, unter ihnen auch Personendampfer, Schleppdampfer und Renouquiere, mit immer größerer Schnelligkeit von der Strömung mitgerissen. Bereits an den Pfeilern der Saverbrücke wurden einige Schiffe schwer beschädigt. Alle Versuche, diesen ganzen Schiffsparc zu retten, bevor die Schiffe in das starke Donaueis getrieben werden, mißlingen. Nur einige wenige Schiffe, die von der Gruppe der übrigen Schiffe abgetrieben wurden, konnten noch in der Save angehalten werden. Der abgetriebene Schiffsparc bestand aus jugoslawischen, tschechoslowakischen, österreichischen und bayerischen Schiffen. Erst in der Donau gelang es, die übrigen Schiffe anzuhaken und zu verankern. Dieses aufregende Schauspiel wurde vom Ufer aus von einigen tausend Personen beobachtet.

Eröffnung der Prager Mustermesse. Sonntag wurde die diesjährige Frühjahrsmesse eröffnet und es ist nur zu wünschen, daß die günstigen Berichte des ersten Tages ihre Fortsetzung finden. Aber weit über den Rahmen des gewöhnlichen hinaus ist diesmal der Eröffnung des neuen Messepalastes zu gedenken. Prag hat hier wirklich etwas Großstädtisches geschaffen und man kann ruhig sagen, daß diese Schöpfung sich auf dem Gebiete des Messewesens sehen lassen kann. Jeder einzelne Pavillon verfügt über genügend Licht und Raum, die ganze Bauart ist nicht nur modern, sondern auch nach kaufmännischen Begriffen gut brauchbar und die Messeleitung hat sich bemüht, der Einteilung der Branchen nach Tauschwert Rechnung zu tragen. Gleich Sonntags morgens war der Andrang nicht nur von Neugierigen, sondern auch von Käufern ein großer. Es ist nur zu wünschen, daß diese Schöpfung gute Früchte tragen würde.

Nationalistische Einseitigkeit. Die regierungsoffizielle „Prager Presse“ vom 17. März enthält eine achtseitige Extrabeilage „Die Weltläufe und die Tschechoslowakei“, obendrein ist die regelmäßige Bilderbeilage mit Illustrationen versehen, die sich auf das erwähnte Thema beziehen. Die erwähnte Beilage enthält auch einen Artikel des deutschen Arbeitsministers Prof. Dr. Spina über das Wasserstraßenprogramm der Tschechoslowakischen Republik. Darnach wird in etwa zehn Jahren die Mittellbe kanalisiert und die March, wo sie die Grenze bildet, reguliert sein, in etwa zwanzig Jahren die Moldau bis Budweis und der Beraunfluß bis Bilsen schiffbar gemacht und schließlich im dritten Dezennium auch schon die Waag bis Sillein für die Schifffahrt zugänglich sein. Gleichzeitig werden auch an der freien Elbe

und an der Donau die notwendigen Verbesserungsarbeiten vorgenommen werden. So weit, so gut. Was aber das Auffallende ist: weder die Artikel noch die Bilderbeilage bringen etwas über die Hafenanlagen im deutschen Sprachgebiet bis auf die im Bau befindliche Staustufe in Strelow (Schwedenschein bei Aufsig). Sonst ist aber weder Lobositz noch Ruffig, (das in der Vorkriegszeit mehr Güter umschlug als Triest) erwähnt, auch nicht Bodenbach-Rosowitz und Zetschen-Laub. Dafür wird u. a. geschrieben über die Häfen von Danzig, Hamburg, Melnik und Prag. Die Bilderbeilage enthält Illustrationen der Hafenanlagen von Prag-Holešovice, Mariani, Komarno, weiter von Brüden und Schleusen in Plesow und Kolín. Bei der tschechoslowakischen Reklame im Auslande (diesem Zwecke dient doch die „Prager Presse“ vor allem) spielen demnach die deutschen Gebiete nach wie vor keine Rolle. Sie werden einfach togeschwiegen! Und das unter der Bürgerblockregierung, wo die deutschen Regierungsparteien mitentscheidend sind! Man muß direkt fragen: hat Herr Minister Prof. Dr. Spina von dieser Bagatelisierung der deutschböhmisches Elbehäfen Kenntnis? Geschaß diese einseitige Reklame am Ende gar mit seiner Zustimmung?

Schicksal eines Profetiarerjungen. In Wien verübte der 15-jährige Sohn eines Eisenbahnbeamten, weil sein Vater ihn trotz seiner großen Begabung nicht Lehrer werden lassen wollte, Selbstmord. Er kaufte sich einen mehrere Meter langen Kupferdraht und warf ihn über die 70.000 Fuß hohe Leitung eines Kraftwerkes. Der Tod trat auf der Stelle ein. Der Junge hatte die Realschule besucht und galt als Vorkurschüler.

Europa weiß von uns . . . Wir lesen im Berliner „Vorwärts“ folgende Notiz: „In Aufsig ist man auf der Post mehr auf die Einhaltung der unmöglichen Sprachbestimmungen als auf die sichere Abwicklung der Postganga bedacht. Ein Telegramm, das nach Gahya in Madras aufgegeben wurde, ging, da im Ortsverzeichnis der neuen Ausgabe der Name nur als Khyob vorkommt, nach Britisch-Indien. Eine Familienbrüderung aus Aufsig lautete förmlich: „Alles wohl auf!“ Was aber kam zum Entsetzen der Angehörigen an? Auf dem Telegramm stand: „Alles Kollaus!“ Das klang zwar recht lustig, ist aber für den Betroffenen gar nicht so lächerlich und zeigt nur, daß die Post in der Tschechoslowakei alles andere als ein kommerzielles Unternehmen ist . . .“

Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich in Japan ereignet. Auf der Sanjo-To-Strasse in der Nähe der Hafenstadt Shimonoeki entgleiste ein Schnellzug. Vier vollbesetzte Wagen wurden umgeworfen. Die Zahl der Toten und lebensgefährlich Verletzten soll 200 betragen.

Selbstmord. Aus Oschersleben (Sachsen) wird gemeldet: In der Nacht zum Sonntag brachte der Arbeiter Wiensofsky seiner im Bett liegenden Frau mit einem Revolver einen Schuß in die Schläfe bei und versuchte dann, sich durch Öffnen der Pulsader das Leben zu nehmen. Beide wurden schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert, wo die Frau gestern abends, der Mann heute früh gestorben ist. Wiensofsky, der in dem Glauben lebte, schwer krank zu sein, hat die Tat offenbar im Eiferstandnis mit seiner Frau verübt.

Eine neue Bauordnung in Wien. Im Wiener Rathaus fand am Montag unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Seiz und des Vizebürgermeisters Hof eine Kommissionskonferenz des sozialdemokratischen und des christlichsozialen Gemeinderatsrats statt, in der Magistratsdirektor Dr. Hartl einen ausführlichen Bericht über die neue Bauordnung erstattete, die im Laufe des heurigen Jahres nach dem Wiener Landtag beschaffen wird. Die neue Bauordnung, die u. a. Bestimmungen über die zweckmäßige Gestaltung des Bauplatzes enthält, bezweckt vor allem, das wilde Bauen unmöglich zu machen. Zur Durchführung ihrer Aufgaben soll der Gemeinde ein entsprechendes Einweihungsrecht für Verkehrsflächen, Parkanlagen usw. eingeräumt werden, wobei alle Einweihungsfälle in einem innigen Zusammenhang mit dem Bebauungsplan stehen müssen. In der neuen Bauordnung werden alle bisherigen Erfahrungen verwertet werden, um in Zukunft die Voraussetzungen für ein zweckmäßiges Bauen zu schaffen und so ein allen kulturellen, sozialen und gesundheitlichen Forderungen entsprechendes Wohnen zu ermöglichen.

Revolverbesitzer im Krankenzimmer. Im städtischen Spital des Wankauer Vorortes Praga erschof der Einbrocher Brzezinski, der seine im Spital befindliche Geliebte besuchte, im Spitalsaal zwei Männer, welche ihn aufforderten, gemeinsam mit ihnen das Spital zu verlassen. Brzezinski stellte sich sodann selbst der Polizei. Die Untersuchung ergab, daß die beiden erschossenen Männer gleichfalls Mitglieder einer Einbrocherbande seien, welche mit Brzezinski Differenzen hatten.

Im Badezimmer ausgeraubt. Sonntag früh wurde in Köln der Bauunternehmer Krutwig im Badezimmer seiner Wohnung von zwei jungen Leuten überfallen und unter Bedrohung mit dem Revolver gezwungen, einen Brillantring im Werte von 12.000 Mark sowie etwa 700 Mark bares Geld und eine goldene Uhr herauszugeben. Auch einem zufällig anwesenden Düsseldorfser Herrn wurde die goldene Uhr abgenommen. Die Täter verließen das Haus, nachdem sie die beiden Ueberfallenen im Badezimmer eingeschlossen hatten. Da sich die Räuber verfolgt glaubten, geben sie auf der Straße mehrere Schüsse ab, die aber niemanden trafen. Die etwa 30-jährigen Täter sind unerkannt entkommen.

Das Lotterielos. Der englische Dichter Jerome K. Jerome wurde einmal von einem Agenten besucht, der ihm ein Lotterielos verkaufen wollte. „Was kann man aus diesem Los gewinnen?“ fragte Jerome. „Oh,“ versicherte der Vertreter, „50.000 Pfund Sterling können Sie darauf gewinnen!“ „Und wann kann man das gewinnen?“ fragte Jerome weiter. „In zehn Wochen ist die Ziehung,“ erwiderte der Verkäufer. „Bedauere“, sagte Jerome plötzlich halb, „ich kann das Los nicht kaufen, denn ich brauche das Geld spätestens bis Ende des Monats.“

Deutsche Kleinfauteurei.

SPD. Das war noch vor 48, da fuhr der dänische Märchendichter Hans Christian Andersen, dem wir die schönsten Kindergeschichten verdanken, auf der Eisenbahn nach Leipzig.

Ein Mitreisender, der sich damit vergnügte, zum Fenster hinauszuschauen, bog den Kopf zurück und sagte ins Abteil hinein:

„So, jetzt wären wir im Fürstentum Röhren!“

Darauf bot er Andersen eine Brille an. Der nahm sie auch und mußte tüchtig niesen. Als er damit fertig war und eben sein Taschentuch wieder einsteckte, fragte er den gefälligen Mitreisenden:

„Wie lange sind wir eigentlich noch im Fürstentum Röhren?“

„O,“ sagte der, „da waren wir bereits wieder heraus, als Sie zum zweiten Male niesen!“

Sie werden nicht alle...

Als vor wenigen Wochen Wilhelm II. seinen sechzigsten Geburtstag feierte, fanden sich selbst unter den deutschen Monarchisten nur wenige, die sich offen zu diesem Führer bekannten. Die meisten von ihnen empfanden den Anlaß mehr peinlich als freudig und suchten verlegen über den kaiserlichen „Siebziger“ hinwegzukommen. Dagegen hat Wilhelm der Gütige hierzulande noch immer Freunde und Bewunderer. Eine in Plan in Westböhmen erscheinende Monatschrift „Deutsche Heimat“, die man nach dem folgenden bwertet mag, brachte zum Geburtstag des allerhöchsten Ausreißers, der als oberster Kriegsherr noch vor der Demobilisierung sein Heer verließ und im Salonwagen ins sichere Holland fuhr, einen Artikel von einem Herrn Viktor Woll aus Wien, der folgende Sätze enthält:

„... Ihr halt Adolf Bartels, wahrlich kein laienförmiger Vorkämpfer, in der Geschichtsübersicht zum Schlußband seiner dreibändigen großen Literaturgeschichte entzogen, daß seit dem Hoch- und Landesverrat vom 9. November 1918, der die schwachvollste Epoche der deutschen Geschichte einleitete, in der Lenkung der Staatsgeschäfte „neben manchen Salunken zu viele Kullen da sind“... Die mit keinerlei schönen Redensarten hinwegzuschwägende Sprache, diese Revolte geduldet zu haben und weiter zu dulden, und dadurch die „Schlaven der Welt“ geworden zu sein, die Heloten, die dem Sieger dienen müssen, der in den Reihen unseres eigenen Volkes zu unserer ewigen Schmach seine Verbündeten hat“... diesen Schandfleck, die Revolution der Vaterlandslosen ruhig hingenommen zu haben, vermögen wir niemals von uns zu tilgen...“

... daß dieses ungeliebte politische Gebilde, in dem seit je und bis auf diesen Tag der vaterlandsfeindliche schwarz-rot-goldene Klinkel zum heutigen deutschen Unheil wirksam war und blieb, der ewige Hemmschuh war, der die Herrschertätigkeit Wilhelm II. lähmte bis zuletzt parteipolitischer Verrat durch den verächtlichen „Dolchstoß von hinten“, dessen sich die Sozialdemokratie in der Sünd-Malenbüte noch schamlos gebrüht hatte...“

... Es ist eine Geschichtslüge, von seiner „Flucht nach Holland“ vom 10. Nov. 1918 zu reden...“

... daß es einzig und allein die Sochertigkeit Wilhelm II. war, seine Person durch den Grenzübertritt dem vermeintlichen Volkswohl zum Opfer zu bringen, um einen Bürgerkrieg zur Niederschlagung der roten Meuterei zu vermeiden, die Ebert zum Reichspräsidenten erhob. Die Großmut Wilhelm II. ward vergebens dargebracht und das gesamte deutsche Volk büßt nun den an ihm begangenen Verrat...“

Diese persönliche und staatliche Tragödie, die deutsche Untertreue förderte...“

Im Sinne des Psalmisten gesehen, ist das Leben Wilhelm II. trotz allem und allem tödlich gewesen. Möge ihm noch das Erblichen der Morgenröde eines aus den Kriegsnöten genesenden deutschen Volkes beschieden sein, dessen Gesundung freilich nicht in der heutigen Staatsform erfolgen kann, dessen sind sich die besten Deutschen eines Sinnes...“

Vielleicht war dieses Leben zwischen Jagden, Feiten, Manövern, militärischen und diplomatischen Maskeraden, dieses Leben in großmächtiger Ruhmdröde und kindischen Spielereien, das nach zwei Millionen Toten, die das Volk beizustellen hatte, in einen ungestörten und beschaulichen Lebensabend übergang, nicht nur vom Standpunkt des Psalmisten aus tödlich. Vielleicht auch von dem des Proleten, der seine Knochen geopfert hat, des Kriegsrüchpels, der Kriegswaisen, der Witwen und greisen Mütter und schließlich auch der Arbeiter, die Leute noch für den Kriegsrüch Wilhelm und für seine Unfährigkeit schreien müssen? O, da wäre mancher, der mit dem tödlichen Leben Wilhelm tauschen möchte, sofern er ein starkes Gewissen hat und bereit wäre die Erinnerung an vier Jahre Massenmord mit in Kauf zu nehmen die ja auch den kaiserlichen Herrn nicht sonderlich zu bräuen scheint!

Empfindliche Zähne

dürfen Sie nicht mit einer Zahnpasta behandeln, die durch ihre grobkörnige Substanz den Zahnschmelz angreift. Nehmen Sie nur Odol-Zahnpasta, die Ihre Zähne schont, weil sie aus feinsten Materialien hergestellt wird. Odol-Zahnpasta macht die Zähne blendend weiß und schmeckt angenehm erfrischend. Die Tradition der weltbekannten Odol-Werke bürgt Ihnen für unerreichte Qualität der Odol-Zahnpasta.



Volkswirtschaft.

Sonderbare Methoden der Arbeiterunfallversicherungsanstalt in Prag.

Mit welchen Mitteln die Arbeiterunfallversicherungsanstalt in Prag die Klageführung ihrer Versicherten zu droffeln versucht.

Der Reichsverband der Bergbau- und Hüttenangestellten, Sitz Teplitz-Schönau, schreibt hierüber in seiner Zeitschrift „Grube und Hütte“ folgendes:

Daß die Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Anstalt in Prag wegen ihrer zünftigen, unsozialen Geschäftsführung und Handhabung der gesetzlichen Vorschriften im Streife ihrer Versicherten und Unfallrentner keine Sympathie genießt, ist kein Geheimnis. Immer mehr wird die Ueberzeugung lebendig, daß die Zustände bei diesem Sozialinstitut nach einer gründlichen Reform drängen, die vor allem in einer Reorganisation der Administration, speziell aber in einer Zurückdrängung des unheilvollen bürokratischen Einflusses ihren fühlbaren Ausdruck finden muß. Die Methode der Rentenzu- und -Abrechnung, die ärztlichen Untersuchungsformen, der Verkehr mit den Versicherten und vor allem die Prozeßführung, die Unzulänglichkeit der prozessualen Rechtsvorschriften erscheinen imperativ eine ehefte Abstellung, wenn nicht der sozialistische Gedanke der Unfallversicherung in den Augen der Versicherten selbst wie in denen der Öffentlichkeit ernstlichen Abbruch erfahren soll. Verhaftungen von Unfallrentnern, von Arbeitskrüppeln im offenen Gerichtssaale kennzeichnen drastisch die hochgehenden Wogen der Empörung, welche die Amtsführung der Anstalt unter den Versicherten ausgelöst hat.

Eine in letzter Zeit getroffene Verfügung stellt den vormärzlichen Geist, der bei der A.-U.-V.-Anstalt in Prag herrscht, in besonders krasser Form an den Pranger. Infolge der rückwärtsstolzen, von Ersparnisrücksichten diktierten Rentenpolitik der Anstalt ist seit längerer Zeit eine beträchtliche Anzahl der Schiedsgerichtsverhandlungen feststellbar, indem die Versicherten und Rentner gegen die anstaltlichen Entscheidungen Schutz und Abhilfe beim Schiedsgerichte in Prag suchen. Die Fahrtkosten für den Kläger nach Prag und zurück bezahlte bisher stets die Anstalt, ohne Rücksicht darauf, ob der Klage stattgegeben wurde oder nicht. Diese jahrelang praktizierte Einführung erscheint aus dem Grunde nur recht und billig, weil der Kläger über Ladung des Schiedsgerichtes nach Prag fahren muß, um sich einer ärztlichen Untersuchung zwecks Feststellung der durch den Unfall verminderten Arbeitsfähigkeit zu unterziehen.

Seit 1. Jänner 1929 hat die A.-U.-V.-Anstalt in Prag in dieser Praxis eine Aenderung eintreten lassen und neue Grundätze für den Ertrag der Fahrtkosten aufgestellt. Diese Regelung weist eine derartige Dosis bürokratischer Eigenmächtigkeit und Rücksichtslosigkeit auf, unterzeichnet sich derart grundlegend von der Vorgangsweise anderer Sozialversicherungsanstalten, daß dieses Dokument sozialer Klassizität der Öffentlichkeit bekanntgegeben zu werden verdient. Es hat folgenden Wortlaut:

1. Bei der ersten Klage, welcher vom Schiedsgerichte nicht stattgegeben wurde, wird ein Ertrag der Fahrtkosten wie bisher geleistet. Der Kläger wird aufmerksamt gemacht, daß in Zukunft die Fahrtkosten nicht in voller Höhe vergütet werden, wenn der Klage nicht stattgegeben wurde.
2. Bei der zweiten abgewiesenen Klage wird Rentnern, deren Einkünfte an der Erwerbsfähigkeit geringer als 25 Prozent ist, freiwillig nur die Rückfahrt in den Wohnort des Klägers bezahlt, bei weiteren Klagen werden überhaupt keine Auslagen vergütet.
3. Bei oft sich wiederholenden Klagen (über 25 Prozent), wenn von Zeit zu Zeit Verschlimmerung gemeldet und nach Ablehnung regelmäßig die Klage beim Schiedsgerichte eingereicht wird, werden Auslagen überhaupt nicht vergütet.
4. Klägern, die sich vor, während oder nach der Verhandlung ungebührlich benehmen, werden freiwillige Erträge überhaupt nicht geleistet!
5. Gleichfalls werden Reiseauslagen in jenen Fällen nicht erlegt, wenn die Klage wegen des derzeitigen höheren Verdienstes des Klägers abgewiesen wurde, oder

6. wenn auf der Vorladung ausdrücklich vermerkt war, daß der Kläger beim Schiedsgerichte nicht zu erscheinen hat.

7. Ferner werden Auslagen den Vertretern der Kranken-Versicherungs-Anstalten, der Brudervereine und Begleitern in Fällen, in denen nach ärztlichem Gutachten die Begleitung nicht nötig war, nicht erlegt.

Wunderlich erscheint, daß die A.-U.-V.-Anstalt in Prag nicht noch mehr Paragrafhe für den Kostenerlassanspruch aufgestellt hat. Je komplizierter, desto besser für die Anstalt, desto weniger Ansprüche werden die kläperien, rechtsunkundigen Väterlin von Unfallrentnern geltend machen. Was veranlaßt die Anstalt plötzlich zu dieser, einer Polizeiverordnung ähnlichen Neuregelung des Kostenerlasses? Soll damit etwa unwilliger Prozeßführung oder überhandnehmenden Simulationen ein Riegel vorgeschoben werden? Ja, wer verursacht die meisten Prozesse? Doch nur die Anstalt selbst, die bei dem Neuregelungsverfahren große Härterigkeit und Schablonen an den Tag legt und dadurch die Prozeßführung herausfordert. Wenn durch erhöhte Prozeßführung die Schiedsgerichtsbarkeit auslagen ansteigen, dann gibt es ja ein einfaches Mittel, diese zu droffeln. Man nehme Abstand von der Zentralisierung der Sozialversicherungsgerichtsbarkeit in Prag und schaffe für jeden größeren territorialen Sprengel besondere örtliche Schiedsgerichte oder aber veranlasse die körperliche Unternehmung der unfallversicherten Rentnenaussprecher durch eigens bestellte Gerichtsärzte bei dem zuständigen Kreisgerichte. Sicherlich würde hiedurch das Vertrauen in die schiedsgerichtliche Rechtspflege nur gesteigert werden! Es ist aber durchaus nicht angängig, daß die Versicherten eines „Systems“ willen nach Prag zitiert und dazu verhalten werden, die aufgelaufenen Reisekosten aus eigenen Mitteln zu tragen, wie es die Neuregelung vorzieht. Die A.-U.-V.-Anstalt in Prag muß ihren Standpunkt in der Richtung einer Korrektur unterziehen, daß nicht die Versicherten für die Anstalt, sondern im Gegenteile die Anstalt für die Versicherten besteht und demgemäß die anstaltlichen Einnahmen vornehmlich den Interessen der Versicherten nutzbar zu machen sind. Dieser durchaus begründeten, im Wesen der Sozialversicherung liegenden Maxime widersprechen die neuen Regeln über die Reisekostenentschädigung im Schiedsgerichtsverfahren. Es muß daher seitens der Gewerkschaften alles daran gesetzt werden, daß diese, sozialer Engstirnigkeit entsprungenen Vorschriften abhürdum geführt werden. Eine parlamentarische Aufkündigung dieser Angelegenheit durch die politischen Parteien würde dem Abwehrkampf, an dem die breitesten Schichten der arbeitnehmenden Bevölkerung interessiert sind, zweckentsprechende Förderung angebeihen lassen.

Das neue Pensionsversicherungsgesetz für die Privatangestellten ist in der amtlichen Gesetzesammlung am 6. März d. J. mit rückwirkender Geltung ab 1. Jänner 1929 kundgemacht worden. Hiedurch wurden die mit 3 Monaten vom Inkrafttreten des Gesetzes vorgeschriebenen Fristen auf 3 Wochen verkürzt, weil der Fristenablauf mit 31. März d. J. unverändert blieb. In erster Linie gilt dies für die nach den neuen Berechnungsgrundlagen nachzuführende Umrechnung der zur Geltungszeit des früheren Gesetzes durchgeführten Einläufe von Beitragsmonaten, sowie für die Entscheidung über die Fortsetzung der zur Geltungszeit des früheren Gesetzes begonnenen freiwilligen Versicherungen in einer der neuen Beitragsklassen. In beiden Fällen können Versicherte durch die späte Verlautbarung des Gesetzes schwerwiegende Nachteile erleiden. Der Allgem. Angestelltenverband, Reichenberg, Schloßgasse 1, hat deshalb als Vertreter von rund 20.000 pensionsberechtigten Angestellten beim Ministerium für soziale Fürsorge und bei der Allgemeinen Pensionsanstalt den begründeten Antrag auf sofortige hinreichende Fristver-

längerung überreicht. Im Interesse der Versicherten ist zu hoffen, daß diesem Antrag bestimmt Folge gegeben wird. Wichtig ist ferner, daß nach der am 6. März d. J. erfolgten Kundmachung des Gesetzes die Dienstgeber binnen Monatsfrist, das ist bis spätestens 6. April d. J., alle pensionsversicherungspflichtigen Angestellten nach den neuen Bestimmungen (insbesondere nach den neuen Beitragsklassen) bei ihrem zuständigen Versicherungsträger neu anzumelden haben. Welche Versicherte, die zwischen dem 1. Juli und 31. Dezember 1928 aus der Pensionsversicherung ausgetreten sind, wenigstens 30 Beitragsmonate erworben hatten und 1927 oder 1928 geheiratet haben, können sofort bei ihrer zuständigen Pensionsanstalt um die Sprataussteuer ansuchen. Ebenso können Witwen, die nach dem alten Pensionsversicherungsgesetz keinen Anspruch auf Witwenrenten hatten, weil der verstorbene Versicherte sie erst nach seinem 50. Lebensjahre geheiratet hatte, sofort bei der zuständigen Pensionsanstalt um die Witwenrente ansuchen, wenn die Eheschließung vor dem 60. Lebensjahre des verstorbenen Versicherten erfolgt war. Alles nähere über diese und die sonstigen Vorschriften und Bestimmungen des neuen Pensionsversicherungsgesetzes enthält der von der Sektion der Privatangestelltenverbände beim deutschen Gewerkschaftsbund, Reichenberg, herausgegebene Führer durch das neue Pensionsversicherungsgesetz, der zum Preise von K 7.60 beim Allgemeinen Angestellten-Verband, Schloßgasse 1, Reichenberg, erhältlich ist.

Gerichtssaal.

Ein Soldat muß strafweise 1266 Tage nachdienen!

Königsgrätz, 16. März. Vor dem hiesigen Kriegesgericht hatte sich der Infanterist Karl Kaiser wegen eigenmächtiger Entfernung von seinem Truppenkörper zu verantworten. Der Angeklagte war wiederholt „rückfällig“ geworden, stets war ihm der Militärdienst ein verhängter Zwang und er benötigte jede Gelegenheit, durchzubrechen. Um nicht nach dem Paragraphen der Desertion verurteilt zu werden, stellte er sich dann gewöhnlich freiwillig dem Gendarmeriekommando und gab als Grund an, daß er bei seinem Wadel gewesen sei. So unglaublich es klingt, so wahr ist es doch, daß ein junger Währiger Butsche insgesamt 1266 Tage zwangsweise nachdienen muß, weil er sich von seinem Truppenkörper entfernt hat. Die reichen Bürgerkinder genießen alle Vorteile, man denkt sogar wieder daran, das Einjährigrecht einzuführen, aber ein armer Soldat, dem das Militärleben zuwider ist, kann seine Jugend mit Gewehrgriffen und Kasernenhochrechn verlieren, während ihm Gelegenheit gegeben werden sollte, ein nützlicher Staatsbürger im freien Erwerbsleben zu werden.

Ein guter Kamerad.

Klattau, 16. März. Die Prohruker Kleidergenossenschaft hat in den meisten Städten Filialen, so auch in Klattau. Der Geschäftsführer dieser Filiale war ein gewisser Benedek Reinsch, der sich zu Weihnachten seinen Freund, einen Hörer der höheren Landwirtschaftsschule, Josef Macura mit Namen, einlud. Macura ging am Abend scheinbar zum Bahnhof, fuhr aber nicht weg, sondern setzte unbemerkt zum Hause seines Freundes zurück, stieg durch das Fenster in das Zimmer und stahl den dort befindlichen Betrag von 8200 K aus der Kassa. Der Verdacht lenkte sich auf einen armen Kommiss, der in dem Geschäft angestellt ist. Der Kommiss wurde in Haft genommen und brachte eine Woche im Kerker ungeschuldig zu. Inzwischen ermittelte die Gendarmerie doch den Täter. Der gute Kamerad hatte 1100 K verbraucht, den Rest besah er noch. Da Macura ein reicher Landwirtssohn ist, vergütete der Vater den Schaden. Trohdem kam der Fall natürlich vor das Strafgericht. Der arme Student erhielt acht Monate schweren Kerkers unbeding, dem Kommiss, der für ihn ungeschuldig in Haft gesetzt wurde, wurde eine Satisfaktion in der Höhe von 1050 K zugesprochen. Der Freund des Macura, der Leiter der Prohruker Kleiderfiliale, aber verlor durch diesen Zwischenfall seine Anstellung.

Odol und Dhol.

Königsgrätz, 16. März. Der Bodenbacher Erzeuger des Mundwasser Odol klagte den Erzeuger J. Blinadel in Königsgrätz wegen des Vergehens gegen das Markenrechtsgesetz und wegen unlauteren Wettbewerbs, weil Blinadel eine Rasierseife mit der Bezeichnung „Dhol“ auf den Markt brachte. Das Wort „Dhol“ ist bekanntlich der Stamm des tschechischen Verbuns „Choliti“, d. h. rasieren, die Form „Dhol“ ist der Imperativ, d. h. also Rasieren!). Zufälliger Weise klingt also das Wort „Dhol“, das ganz treffend die Bezeichnung einer Rasierseife wiedergibt, fast so wie der Name des Mundwasser „Odol“. Der Vertreter des Angeklagten wendete ein, daß man doch unmöglich Mundwasser mit einer Rasierseife verwechseln könne, daher von einem unlauteren Wettbewerb überhaupt nicht die Rede sein kann und es sich höchstens um ein Vergehen gegen das Markenrechtsgesetz handeln könne. Der Verteidiger des Odolfabrikanten: „Und ich kann die Einvernahme von hundert und mehr Fragen beantworten, daß die Käufer dadurch getäuscht wurden.“ Der Verteidiger des Dholfabrikanten: „Und ich werde die Überprüfung des Geisteszustandes Ihrer hundert Fragen beantworten, daß eine Rasierseife als Mundwasser verwendet werden wollen.“ Die Verhandlung wurde vertagt.

